

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Soziale Demokratie
als ständige Aufgabe
Emmerich Tálos

Ukraine – zwischen
Ost und West?
Christina Plank

Gründe, die völkerrechtliche
Kirche im politischen Dorf zu lassen
Stefan Brocza

Irrwege einer historischen
»Schuldsuche« zum 12. Februar 1934
Gerhard Botz

**BÖSE
DINGE**
HOFMOBILIENDEPOT



EDITORIAL

Die leidige Debatte um die Untersuchungsausschüsse scheint nun doch noch eine positive Wende zu nehmen: Mit den konkreten Vorschlägen der SPÖ zur Reform des U-Ausschusses und der Festschreibung als Minderheitenrecht geht die surreale Zwischenphase, in der die Parteispitze plötzlich nichts mehr von den eigenen Beschlüssen – Untersuchungsausschüsse als Minderheitenrecht sind aktuelle Beschlusslage des Bundesparteitags – zu wissen scheinen wollte, endlich zu Ende. Es ist gut, die Diskussion wieder zu versachlichen und die Einhaltung von Parteitagsbeschlüssen nicht zur Sache einzelner, als »Abweichler« dargestellten, Abgeordneter zu machen. Denn zweifellos kann man immer über Verbesserungen der Verfahrensordnung nachdenken. Das gewichtigste Prüfinstrument des Parlaments mit der Begründung nicht einsetzen zu wollen, dass Peter Pilz immer so gemein fragt, war auf Dauer politisch allerdings unhaltbar und unwürdig. Dies gilt auch für den seltsamen – und 2006/7 von der Schlüssel-ÖVP geprägten – »Tribunal«-Vorwurf, mit dem die parlamentarische Kontrolltätigkeit polemisch abgetan wird. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Opposition Fehler der Regierung sucht, sie aufbauscht und auch zu skandalisieren versucht. Dass die Opposition ihre Kontrollrechte möglicherweise ge- oder auch missbraucht, um politisches Kapital daraus zu schlagen, kann aber doch kaum dazu führen, dass man die Kontrollrechte an sich in Frage stellt. Das Verständnis für den Eiertanz um den Hypo-U-Ausschuss hält sich inner- wie außerhalb der Partei in äußerst engen Grenzen. Insofern war der neue Impuls in Sachen U-Ausschuss ein dringend notwendiges Signal. Es ist zu hoffen, dass es nicht zu spät kam, um den Eindruck zu vermeiden, es wäre die SPÖ, die etwas in der – politisch ursprünglich von der FPÖ und in weiterer Folge von ÖVP-Finanzministern zu verantwortenden – Hypo-Causa zu verbergen hätte.

Der erste Beitrag in diesem Heft dokumentiert die **Festrede** von **Emmerich Tálos** anlässlich der **Verleihung des Bruno-Kreisky-Preises** für sein wissenschaftliches Lebenswerk. Bezugnehmend auf Kreiskys Diktum von der »sozialen Demokratie« als dauernder Aufgabe spannt er dabei den Bogen von den politischen und sozialen Errungenschaften der Kreisky-Ära über die Aufgaben der Wissenschaft in der Gesellschaft zu einer Analyse und Kritik bestehender politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse.

Die Ereignisse in der **Ukraine** schienen sich knapp nach Redaktionsschluss zu überstürzen. In den Beiträgen zum **Schwerpunkt** beschäftigen sich die beiden AutorInnen einerseits mit der aktuellen innenpolitischen Situation in der Ukraine, andererseits mit der Krim-Frage:

Christina Plank beleuchtet in ihrem Beitrag die realen **Spaltungslinien** der **ukrainischen Gesellschaft** und liefert einer Darstellung der **politischen Entwicklungen der letzten Monate**.

Stefan Brocza nimmt hingegen eine **völkerrechtliche Beurteilung der Vorgänge auf der Krim** vor und plädiert dabei für mehr Sachlichkeit an Stelle lautstarker Empörung. Er zieht dabei einen Vergleich zwischen der Sezession der Krim und jener des Kosovos und zeigt auf, dass die Machtblöcke ihre Rolle bei einer völkerrechtswidrigen Vorgangsweisen bzw. der Empörung darüber getauscht zu haben scheinen.

Die Situation der **französischen SozialistInnen** nach den äußerst schlecht verlaufenen **Kommunalwahlen** und der folgenden **Regierungsumbildung** sowie deren europapolitische Auswirkungen nimmt **Ludwig Dvořák** in den Blick.

Gerhard Botz knüpft an eine aktuelle **geschichtspolitische Debatte** rund um den **12. Februar 1934** an und setzt sich **kritisch** mit den Ausführungen von **Kurt Bauer** im Standard auseinander.

Thomas Nowotny beschäftigt sich mit der Vision eines »**sozialdemokratischen Amerikas**« im aktuellen Buch von **Lane Kenworthy**. Nowotny meldet dabei starke Zweifel an der These von der quasi »gesetzmäßigen« Nachahmung des skandinavischen Beispiels an.

Nach den **Buchtipps** rundet schließlich der Beitrag von **Irene Mozart** das Heft ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

Inhalt



Ausgestopfter kleiner Hase auf Ball Kategorie: Kadaver-Chic © Andi Domke, Werkbundarchiv – Museum der Dinge/ Armin Herrmann

6 Soziale Demokratie als ständige Aufgabe

VON EMMERICH TÁLOS

Schwerpunkt **Ukraine**

12 Ukraine – zwischen Ost und West?

VON CHRISTINA PLANK

16 Gründe, die völkerrechtliche Kirche im politischen Dorf zu lassen

VON STEFAN BROCZA

22 Botschaft verstanden?

VON LUDWIG DVOŘÁK

30 Irrwege einer historischen »Schuldsuche« zum 12. Februar 1934

VON GERHARD BOTZ

36 Die USA – ein sozialdemokratisches Land der Zukunft?

VON THOMAS NOWOTNY

42 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

42 Dem Einbruch der Investitionen in Europa entgegenwirken

SCHLUSSWORT VON IRENE MOZART

Soziale Demokratie als ständige Aufgabe

Am 5. März 2014 wurde Emmerich Tálos der Bruno-Kreisky-Sonderpreis für das publizistische Gesamtwerk verliehen. In seiner nachfolgend abgedruckten Dankesrede bei der Preisverleihung thematisiert Tálos sein Verhältnis zu Kreiskys Politik- und Gesellschaftsverständnis und mahnt vor den Auswirkungen der Akzeptanz von Massenarbeitslosigkeit in Europa.

Meine wissenschaftliche Arbeit fokussierte in mehrfacher Hinsicht auf Themen, die die Zielsetzungen und Politik des Namensgebers des Preises, Bruno Kreisky, kennzeichneten: gesellschaftspolitische Reformen, sozialer Ausgleich, soziale Demokratie und demokratische Gestaltung.

GESELLSCHAFTSPOLITIK UND DEMOKRATIE

Die Ära Kreisky bildete in gesellschaftspolitischer Hinsicht eine Kulminierung eines Entwicklungsprozesses, der die Nachkriegsjahrzehnte in Österreich wesentlich prägte. Ein Kernpunkt des Anspruches von Bruno Kreisky und seiner Regierung war es, die gesellschaftlichen, d.h. sowohl die wirtschaftlichen als auch die sozialen Bedingungen der Bevölkerung, der arbeitenden Menschen und deren Familien zu verbessern. Mit Reform war damals tatsächlich noch die realisierte Verbesserung von Bedingungen zu Gunsten der Betroffenen verstanden worden und nicht, wie heute üblich, jegliche Änderung, ungeachtet ihrer oft nachteiligen Folgen für die Betroffenen.

Diese Ausrichtung in den gesellschaftspolitischen Optionen hat Kreisky in seiner Parteitage Rede im Jahr 1976 deutlich gemacht: Nachdem die Sozialminister Böhm, Maisel und Proksch nach 1945 ein großes Stück des Wohlfahrtsstaates weiterentwickelt haben, habe Sozialminister Häuser in den letzten Jahren den Wohlfahrtsstaat »nicht nur geräumiger gemacht, sondern sehr weitgehend seiner Vollendung entgegengeführt... Wir haben also die Gesellschaft reformiert. Unserer Reformpolitik ist an konkreten Gegebenheiten orientiert«. Die Verwirklichung der sozialen Demokratie wurde als eine ständige Aufgabe betrachtet.

Die Reformpolitik der Regierung Kreisky fokussierte auf Themen und Problemlagen wie die Gleichstellung zwischen

den Geschlechtern und Berufsgruppen (Arbeiter und Angestellte), auf die Reform des Familienrechtes mit der Gleichstellung der Frau in und außerhalb der Ehe, auf den Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und des Bildungssystems, auf die Erweiterung der Sozialversicherung auf Selbständige – insgesamt auf die Vertiefung und Verwirklichung sozialer Demokratie.

Im Blickpunkt der Gesellschaftspolitik stand neben der Verbesserung der Bedingungen der Erwerbstätigen und der Familien nicht zuletzt auch ein Thema, das die folgenden Jahrzehnte als »sozialer Dauerbrenner« bis heute begleiten sollte: die Arbeitslosigkeit. Bekannt und zugleich in der Nach-Kreisky-Entwicklung seitens bürgerlicher Parteien und Unternehmervvertretungen heftig umstritten waren zwei Aussagen Kreiskys.

Als im Gefolge der durch die Erdölpreiskrise ausgelösten wirtschaftlichen Rezession die Arbeitslosigkeit im Jahr 1975 auch in Österreich zu steigen begann, skizzierte Kreisky 1975 seine Sicht folgend: »Unter Einsatz aller zu Gebote stehenden Möglichkeiten ein hohes Beschäftigungsniveau zu halten, weil Österreich nicht reich genug ist, sich den Luxus der Massenarbeitslosigkeit leisten zu können.« Nachdem Arbeitsmarktprobleme trotz gegensteuernder Maßnahmen andauerten, konstatierte er im Wahlkampf 1979: »Ein paar Millionen Schulden mehr bereiten mir weniger schlaflose Nächte als ein paar hunderttausend Arbeitslose.« Würden die entscheidungsrelevanten politischen und gesellschaftlichen Akteure in der EU heute ebenso denken und handeln wie Kreisky, kämen diese nicht mehr zum Schlafen. Warum?

In der EU sind zurzeit über 26 Millionen Menschen arbeitslos. Die Arbeitslosenquote betrug in der EU-28 im Jänner 2014 11%, in Österreich annähernd 5%. Die Jugendar-

beitslosenrate lag EU-weit im gleichen Monat bei über 23 % (Österreich 8,9 %), in Ländern wie Griechenland bei 60 %, in Spanien 54 %, in Kroatien bei 50 %.

In der EU tun sich enorme Spaltungslinien auf zwischen Ländern im Norden und Süden, zwischen Ländern im Westen und im Osten. Wohin bewegt sich vor diesem Hintergrund die EU in gesellschaftspolitischer Hinsicht? Diese Ausrichtung ist für die gesellschaftspolitische Entwicklung der Mitgliedstaaten von großer Bedeutung. Dies ist zugleich ein wesentlicher Unterschied zur Gestaltung der Politik in den 1970er- und 1980er-Jahren.

Mit der Europa-2020-Strategie wird ein »intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum« angepeilt. Näherhin konkretisiert geht es um die Erhöhung der Beschäftigungsquote der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren von derzeit 69 % auf mindestens 75 %, die Erhöhung der Investitionen, die Reduzierung des Anteils von Schulabbrechern sowie des Anteils an BürgerInnen unterhalb der jeweiligen nationalen Armutsgrenze um 25 %. Dies entspräche einer Herausführung von 20 Millionen BürgerInnen aus der Armut.

DOCH WIE STEHT ES UM DIE REALEN CHANCEN?

Bildet dafür nicht die neoliberale Ausrichtung der aktuellen EU Politik einen Hemmschuh? Stehen den im Rahmen der EU-2020-Strategie propagierten Zielen nicht Entscheidungen der letzten Jahre wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung bzw. der Fiskalpakt entgegen? Wie demokratisch sind dabei Entscheidungsprozesse in einer EU, die nicht gerade der Inbegriff demokratischer Strukturen ist? Entscheidungen wie der Fiskalpakt wurden an Entscheidungen demokratischer Institutionen vorbeigeführt.

Wie soll die Befreiung von 20 Millionen Menschen aus der Armut erreichbar sein, wenn der Handlungsspielraum für eine Konjunkturpolitik äußerst eingeschränkt ist? Wie erreichbar sein, wenn die prioritäre Ausrichtung an der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch Sparpolitiken und der diesbezügliche Druck seitens der EU, nicht nur auf die südeuropäischen »Krisenstaaten«, für die reale Entwicklung der EU-Mitgliedsländer insgesamt bestimmend ist? Können die angeführten Ziele mit weniger Mittel erreicht werden?

Die EU war nicht in der Lage, die für das letzte Jahrzehnt festgelegten Lissabon-Zielvorgaben, nämlich Vollbeschäfti-

gung, Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen und damit des Wirtschaftswachstums (von 3 %) sowie Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu erreichen. Die Rahmenbedingungen für die Zielerreichung der Europa-2020-Strategie sind nicht günstiger, im Gegenteil. Der von der EU-Kommission forcierte Austeritätskurs hat sich als erfolglos erwiesen: das Problem der öffentlichen Verschuldung dauert ebenso an wie das der Arbeitslosigkeit und der Armutsrisiken. Vielen jungen Menschen wird damit die Zukunft verbaut.

Die bestimmende Orientierung in der EU im Gefolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise engt Handlungsspielräume für Gesellschaftspolitik nicht nur ein, sondern produziert durch die vorrangig forcierte Austeritätspolitik im Bereich von Löhnen, Arbeitsbeziehungen und sozialer Sicherung soziale Schieflagen zu lasten jener, die für die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht verantwortlich sind.

Die angepeilten Ziele der Verbesserung der Bedingungen der Beschäftigung, Bildung und Armutsbekämpfung werden ohne einen Kurswechsel in der EU-Orientierung nicht erreichbar sein. Ein Kurswechsel wäre nicht zuletzt auch aus Gründen der Legitimation des EU-Projektes erforderlich, da dafür die soziale Dimension eine wesentliche Rolle spielt und in Zukunft noch mehr spielen wird. Die EU sieht sich aufgrund verstärkter sozialer Problemlagen und verbreiteter enttäuschter Erwartungen mit großen Akzeptanzproblemen konfrontiert. Selbst in Österreich, das die Krise bisher vergleichsweise glimpflich überstanden hat, glauben laut aktuellem Eurobarometer nur 27 % der befragten ÖsterreicherInnen, dass sich die EU in die richtige Richtung entwickelt.

Die bevorstehenden EU-Parlamentswahlen könnten ein Ansatzpunkt dafür sein, die aktuelle Entwicklung der EU, ihre Ausrichtung und Prioritäten zu reflektieren und zu diskutieren: ob der Fokus weiterhin oder sogar noch (beispielsweise durch den angepeilten Wettbewerbspakt) verstärkt auf die Priorisierung des Marktes gelegt werden sollte oder ein Kurswechsel in Richtung sozialer Demokratie, in Richtung Berücksichtigung der sozialen, kulturellen, ökologischen und wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung angepeilt werden sollte. Ich meine, es ist nicht schwer zu errahnen, welche Ausrichtung Kreisky auch heute noch präferieren würde. Gefordert ist eine klare inhaltliche Positionierung, wie der soziale Zusammenhalt innerhalb der EU und innerhalb der Mitgliedstaaten gesichert, welche Prioritäten diesbezüglich und mit welchen Instrumenten verfolgt werden sollten.

POLITISCHE UND SOZIALE DEMOKRATIE

Politische und soziale Demokratie stehen in einem engen Naheverhältnis und bedingen sich gegenseitig. Diese Sicht war ein Kernpunkt des Kreisky'schen Politik- und Gesellschaftsverständnisses. Die Politik der interessenpolitischen Schieflage zerstört nicht nur den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Sie benötigt letztlich zu ihrer Durchsetzung einen politischen Rahmen, der autoritäre Entscheidungen bei Ausschaltung jeglicher demokratischer Beteiligung und oppositioneller Widerständigkeit ermöglicht. Die Periode des Austrofaschismus insgesamt ist ein eindrückliches Beispiel dafür: Die Ausschaltung der Demokratie und oppositioneller Parteien diente dazu, den Interessen der Industrie, des Gewerbes und der Großbauern zur Durchsetzung zu verhelfen.

Die Konsequenzen der Ausschaltung der Demokratie 1933/34 musste auch Bruno Kreisky leidvoll persönlich erfahren. Eine eingehende demokratiepolitische Auseinandersetzung mit dem Austrofaschismus und seinen sozialen Folgen, insbesondere für die Arbeiterschaft, ist nach 1945 weitgehend unterblieben. Damit konnten auch antidemokratische Vorstellungen wie das Plädoyer für einen »starken Mann« überleben. So zeigte beispielsweise eine Jugendstudie aus dem Jahr 2007, dass jede/r fünfte Jugendliche im Alter von 14 bis 24 Jahren (19%) einen sog. starken Mann in der Politik präferierten. In der Gesamtbevölkerung im Alter von über 18 Jahren waren es 16%.

Auch nach 80 Jahren besteht kein Anlass, die eingehende Auseinandersetzung mit und Aufklärung über die Ausschaltung der Demokratie 1933/34 und ihrer Folgen der Option zu opfern, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Denn, so der kürzlich verstorbene prominente Faschismusforscher Reinhard Kühnl, »für die Sicherung einer menschenwürdigen Zukunft brauchen wir die Wahrheit über die Vergangenheit«.

Soziale Verwerfungen, wie wir sie zur Zeit in Form von Massenarbeitslosigkeit und verbreiteten Verarmungsrisiken erleben, können zur Gefährdung der Demokratie führen und bilden das Spielmaterial für nationalistischen Sozialpopulismus. Verbaler Protest dagegen und Kritik daran reichen nicht aus. Sondern: Die Erhaltung einer sozialen Demokratie erfordert entsprechendes gesellschaftspolitisches Handeln und Initiativen auf nationalstaatlicher wie auf EU-Ebene. Ein Handeln, das zwar in den 1970er-Jahren eine günstigere wirtschaftliche und soziale Basis hatte, aber keineswegs selbstverständlich war.

EINIGE ANMERKUNGEN ZU MEINEM ERKENNTNISINTERESSE

Wissenschaft war und ist für mich als Politikwissenschaftler eine Möglichkeit und Herausforderung zugleich, Strukturen und Institutionen von Politik und Gesellschaft theoriegeleitet zu analysieren, Zusammenhänge zwischen diesen Dimensionen zu begreifen, Positionen in Politik und Gesellschaft zu identifizieren, das Zustandekommen politischer Entscheidungen und deren Auswirkungen (konkret im weiten Feld der Sozial- und Gesellschaftspolitik) zu erfassen. Ergebnisse von Analysen sind intersubjektiv überprüfbar, nachvollziehbar. Mein Erkenntnisinteresse kommt dem nahe, was Habermas idealtypisch als emanzipatorisches Erkenntnisinteresse umschrieben hat. Dies heißt: Sozial- bzw. Gesellschaftswissenschaft bedeutet für mich keineswegs nur abstraktes, sogenanntes wertfreies Agieren. Für mein Erkenntnisinteresse spielten und spielen Fragen der Veränderungen beispielsweise hinsichtlich Ungleichheit und eingeschränkter Teilhabechancen eine Rolle. Sozialwissenschaft hat es so betrachtet immer auch mit Bewertungen zu tun. Dies zeigt sich u.a. daran, welche Themen wir aufgreifen, welchen Fragen wir in unserer Analyse nachgehen, wie wir Entwicklungen einschätzen. Eine der Aufgaben von Wissenschaft ist es, Bezugspunkte von Bewertungen zu verdeutlichen.

WAS HEISST DAS KONKRET? ICH MÖCHTE DIES AN ZWEI BEISPIELEN KURZ ERLÄUTERN:

Wir unterscheiden zwischen einer faschistischen Diktatur und rechtsstaatlich-parlamentarischer Demokratie. Wenn WissenschaftlerInnen faschistische Diktaturen kritisch in den Blick nehmen, so geht es dabei nicht nur um deren Strukturen, Akteure, Politikfelder, sondern auch um den Charakter und die Konsequenzen einer derartigen Herrschaftsform. Der Bezugspunkt Demokratie schwingt mehr oder weniger ausgewiesen in der Analyse und Bewertung faschistischer Diktaturen mit. Exemplarischer Ausdruck dafür sind die zur Beschreibung des ideologischen Profils von Diktaturen verwendeten Negationen wie antiparlamentarisch, antidemokratisch usw.

Gleiches gilt, wenn wir versuchen, die Auswirkungen gesellschaftlicher Entwicklungen und gesellschaftsrelevanter Politik zu bestimmen – wie beispielsweise den Umgang mit der aktuellen Wirtschaftskrise, die daraus resultierenden Probleme und ungleichen Belastungen. Von sozialer Ungleichheit bzw. sozialen Schieflagen kann nicht ohne den Bezugspunkt »soziale Gerechtigkeit« gesprochen werden.

Sozialwissenschaft so verstanden, kann gesellschaftspolitisch relevant werden – im Sinne des Aufweises von Problemlagen und deren Ursachen wie auch des Einlassens auf gesellschaftliche Entwicklungen und Herausforderungen. Wissenschaft wird von Individuen gemacht, wir haben damit auch individuelle Verantwortung. Dies ist knapp gefasst mein Verständnis von Sozialwissenschaft.

Ja es stimmt, dass ich sehr viel – und ich möchte hinzufügen: sehr gerne – gearbeitet habe. Ein zentraler Grund war sicher mein Interesse und Bemühen, Neues zu erfahren, zu erkennen, Sachverhalte tiefer und in ihren Zusammenhängen zu erfassen. Ebenso wichtig für mich war, dass ich Politik- bzw. Sozialwissenschaft so realisieren konnte, wie es meinen Vorstellungen von Wissenschaft und deren öffentlicher Vermittlung entspricht. Es war und ist eine besondere Position, sich ohne den Druck von gängigen mainstreams in einige Themengebiete erkenntnismäßig vertiefen zu können und auf Basis so gewonnener Einsichten und »ohne Schere im Kopf« auch öffentlich Position und Stellung beziehen zu können. 🍷

EMMERICH TÁLOS

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher zum österreichischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat, zur Sozialpartnerschaft sowie zum Austrofaschismus. Am 3. März 2014 erhielt Tálos den Bruno-Kreisky-Preis für das publizistische Gesamtwerk.

BÖSE DINGE

HOFMOBILIENDEPOT



Was ist Geschmack? Wer bestimmt, was gut oder schlecht, schön oder hässlich ist? Obwohl sich darüber bekanntlich nicht streiten lässt, greift das Hofmobiliendepot ▪ Möbel Museum Wien den Diskurs um »guten« und »schlechten« Geschmack auf und zeigt die vom Werkbundarchiv – Museum der Dinge, Berlin, entwickelte Ausstellung **»Böse Dinge. Eine Enzyklopädie des Ungeschmacks«**, die historische und aktuelle Positionen einander gegenüberstellt.

Historischer Ausgangspunkt: »Abteilung der Geschmacksverirrungen«

Das Konzept der Ausstellung »Böse Dinge« von Imke Volkers und Renate Flagmeier basiert auf der Publikation »Guter und schlechter Geschmack im Kunstgewerbe« des Kunsthistorikers Gustav E. Pazaurek von 1912. Darin entwickelte er einen komplexen Kriterienkatalog zum Erfassen von Geschmacksfehlern aller Art, der auch die Grundlage für seine »Abteilung der Geschmacksverirrungen« im Stuttgarter Landesmuseum war. Die Bösartigkeit der Dinge bezieht sich bei Pazaurek auf »das Schlechte«, das sich in Ausführung, Gestaltung und mangelnder Funktionsfähigkeit äußert. Die »strafrechtlichen« Kategorien, in die Pazaurek die Dinge einordnete, lesen sich wie eine Metaphorik des Bösen, die heute manchmal faszinierend bizarr und befremdlich anmutet, dabei aber auch sachlich und treffend ist.

Hofmobiliendepot

Andreasgasse 7, 1070 Wien

Bis 6. Juli 2014

Dienstag – Sonntag 10.00 – 18.00 Uhr

www.hofmobiliendepot.at



Ukraine – zwischen Ost und West?

Die Ereignisse auf dem Majdan und die faktische Absetzung des Präsidenten Janukowytsch haben die Ukraine wieder in die mediale Aufmerksamkeit gerückt. Christina Plank beleuchtet die Entwicklungen der letzten Monate und zeigt einige Hintergründe über die realen Spaltungslinien der ukrainischen Gesellschaft auf.

Seit Ende November letzten Jahres überschlagen sich die Ereignisse in der Ukraine. Die westliche mediale Berichterstattung sowie die Expert_innenkommentare über das Land boomen. Knapp zehn Jahre nach der Orangen Revolution geht es nun nicht mehr um die Freilassung Julija Tymoschenkos, eine der zentralen Bedingungen der Europäischen Union bezüglich der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens bis zum Beginn der Demonstrationen am Majdan. Vielmehr löste sich mit der Nicht-Unterzeichnung des Abkommens durch den damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch eine Protestwelle, die das Land in solch einem Ausmaß nie zuvor gesehen hatte.

Darüber hinaus wandten sich die ursprünglich proeuropäisch motivierten Rufe nach dem gewaltsamen Vorgehen gegen die Protestierenden auf dem Majdan rasch gegen Janukowytsch und forderten dessen Rücktritt. Weitere repressive Maßnahmen wie Mitte Jänner der Erlass eines Gesetzespakets, der unter anderem das Recht auf friedliche Demonstrationen einschränken sollte, sowie unzählige Meldungen über Gefolterte und Vermisste gipfelten schließlich in den Februar-Ereignissen mit insgesamt über hundert Toten und über tausend Verletzten. Janukowytsch wurde von der Werchowna Rada abgesetzt, floh nach Russland und eine Interimsregierung mit Arsenij Jazenjuk als Premier bildete sich heraus.

Die momentan offene Ost-West-Konfrontation, die mit der Vereinnahmung der Krim durch Putins Russland begann und sich eventuell in Gebiete der Ostukraine fortsetzen könnte, verursachte eine Art Ausnahmezustand im Land und ließ die Ereignisse des Majdans sowie viele daraus noch offenen gebliebenen Fragen wie bspw. jene nach der Legitimation

der Interimsregierung oder der Rolle rechtsextremer Vereinigungen bei den Protesten in den Hintergrund treten bzw. erschwerte ihre Diskussion. Im Bewusstsein, dass die Analyse eines noch nicht abgeschlossenen Konflikts sich immer als schwierig erweist, möchte ich daher die aktuellen Geschehnisse in Zusammenhang mit sozio-ökonomischen und kulturellen Entwicklungen der Ukraine stellen, um daraus das Verständnis für die momentane Situation zu schärfen.

DIE OLIGARCHEN

Die heutige Ukraine stellt einen relativ jungen Staat dar, der sich vor über 20 Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion herausbildete. Oftmals werden in der Osteuropaforschung die demokratischen Entwicklungstendenzen wie wechselnde Präsidenten oder relativ freie Medien hervorgestrichen, über die die Ukraine im Vergleich zu anderen post-sowjetischen Ländern wie Russland oder Belarus verfügt. Ein Blick auf die sozio-ökonomischen Verhältnisse im Land zeichnet allerdings ein eher düsteres Bild. Die Schere zwischen Arm und Reich klappt auseinander, das offizielle Durchschnittseinkommen liegt bei etwa 200 Euro im Monat.

Prägend für das Land sind die sogenannten Oligarchen, die seit den 1990ern in Folge von Privatisierungswellen – unterstützt von der internationalen Gemeinschaft, die u.a. die Transformation der Plan- zur Marktwirtschaft zum Ziel machte – entstanden. Die nach Regionen formierten Clans um Dnipropetrowsk, Donezk und Kiew führten zu Spottpreisen zunächst v.a. die lukrative Schwerindustrie im Osten des Landes in ihr Privateigentum über. Nach der Orangen Revolution gewann der Dienstleistungssektor an Bedeutung und das Land öffnete sich zunehmend für ausländisches Kapital,

nicht zuletzt im Bereich der Banken. In den letzten Jahren schreibt vor allem die Landwirtschaft positive Zahlen und erweckte damit das Interesse und Engagement der Oligarchen.

Ihrer wollten sich die Menschen am Majdan jedoch entledigen, als sie gegen das klientelistische System während der Wintermonate protestierten. Janukowytsch und seine »Familie« mit Sohn Alexander und weiteren Vertrauten, die seit seinem Machtantritt 2010 als Präsident durch Übernahmen in der Banken- und Energiebranche enormen Reichtum erlangten, standen dabei aufgrund der autoritären Machtausübung besonders im Vordergrund.

Nun werden trotz alledem bei den Präsidentschaftswahlen am 25. Mai keine neuen Gesichter zu sehen sein. Denn der derzeitige eindeutige Favorit Petro Poroschenko verkörpert all das, wogegen sich die Menschen am Majdan gestellt haben. Der »Schokoladenkönig« ist beispielhaft für die Entwicklung des Landes. Er schuf sich seinen Reichtum zunächst durch den Handel mit Kakaobohnen und wurde noch in den 1990ern Eigentümer des größten Schokoladeherstellers in der Ukraine. Seit der Orangenen Revolution engagierte er sich politisch sowohl im orangenen als auch im blauen Lager – unter anderem als Wirtschaftsminister unter Janukowytsch. Nichtsdestotrotz gilt er als in der Bevölkerung beliebt und stellt einen Kandidaten dar, der als erfolgreicher, transparenter Geschäftsmann für die Einheit der Ukraine steht.

DIE PARTEIEN

Bereits im Jahr 2004 gingen die Ukrainer_innen gegen Janukowytsch und dessen Wahlbetrug auf die Straße. Der Erfolg, den das orangene Lager gegenüber dem blauen, der Partei der Regionen, davontrug, sollte jedoch nicht von Dauer sein. Anhaltende Konflikte zwischen dem Präsidenten Wiktor Juschtschenko und der Premierministerin Julija Tymoschenko führten zu einer wirtschaftlichen und politischen Stagnation im Lande und riefen Frustration in der Bevölkerung hervor. Verschärft wurde diese Pattstellung durch die Verfassungsänderung, die, von den Oligarchen unterstützt, in Folge der Orangenen Revolution in Kraft trat, und die Macht des Präsidenten beschneit. Janukowytsch sollte diese nach seiner Wahl zum Präsidenten 2010 rückgängig machen und seine Macht dadurch ausbauen.

Die beiden Seiten, blau und orange, stehen offiziell für eine Ost- bzw. Westausrichtung des Landes, repräsentieren jedoch die Interessen von Business-Clans und nicht jene der

Bevölkerung. Sie werden von Oligarchen getragen, die durchaus nicht nur eines, sondern beide Lager gleichzeitig oder in Folge finanzieren und unterstützen.

Eine Partei, die über eine eigene Wähler_innenschaft verfügt, welche sie auch am Majdan mobilisieren konnte, ist die rechtsextreme Swoboda (Freiheit). Sie erhielt bei ihrem Erstantritt bei den Wahlen zur Werchowna Rada im Oktober 2012 auf Anhieb rund zehn Prozent. Den ukrainischen Nationalismus zum Programm erhebend, wurde Swoboda ebenso von russischsprachigen, aus dem Osten stammenden, Ukrainer_innen gewählt. Diese erachteten sie als Alternative, da sie nicht von Oligarchen getragen würde, oder als Möglichkeit, ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Neben Swoboda waren auch Vitaly Klitschkos mit seiner den Europakurs vertretenden Partei Udar (Schlag) und Jazenjuk als Vertreter von Batkywschina (Vaterlandspartei) am Majdan präsent. Linke Kräfte sind auf Ebene der Parteien in der Ukraine nicht vertreten, denn die Kommunistische Partei der Ukraine unterstützt, wie in vielen post-sowjetischen Ländern, meist die jeweilige Partei der Macht, d.h. zuletzt die Partei der Regionen.

AM MAJDAN

Obwohl mittels sozialer Medien und von Beteiligten informiert, fällt es mir schwer, ohne selbst direkt dabei gewesen zu sein, über den Majdan zu schreiben. Mit dem Majdan verbinden wir Bilder einer Zeltstadt, Barrikaden, die sogenannten Hundert, die nach kossakischer Tradition als Verteidigung Stellung bezogen hatten. Unterschiedlichste Gruppen waren vertreten, angefangen vom sogenannten AutoMajdan, einer Gruppe aus Autobesitzer_innen, deren Anführer Dmytro Bulatow gekidnappt und gefoltert wurde, bis hin zu Afghanistan-Veteranen. Als besonders wichtig erwiesen sich solidarische Einrichtungen während der Protestzeit, die die Demonstrant_innen mit Essen, Medikamenten und Schlafplätzen versorgten.

Obgleich es sich bei den Protestierenden um einen breite Masse handelte, spielte die Infrastruktur der rechten Gruppierungen laut Aussagen dort anwesender Kolleg_innen eine durchaus wichtige Rolle, um den alltäglichen Protestbetrieb am Laufen zu halten. Diese Feststellung soll jedoch keineswegs der Diskreditierung der Proteste dienen und diese nach Putin'scher Propaganda als rein faschistisch und daher nicht legitim darstellen, sondern aufzeigen, welche Kräfte besonders erfolgreich in der Mobilisierung der ukrainischen Gesellschaft und der Kommunikation mit den Medien waren. Denn

die Enttäuschung gegenüber den politischen Eliten des Landes ist groß und der Einfluss der parlamentarischen Opposition daher gering.


Indessen sind in der Interimsregierung zwar Bürger_innen vom Majdan vertreten und bringen frischen Wind in alte Strukturen. So ist beispielsweise das Unterrichts- und Wissenschaftsministerium mit dem Rektor der Nationalen Universität Kiew-Mohyla-Akademie und deren Absolvent_innen besetzt. Eine Tatsache, die vor den Protesten nicht möglich gewesen wäre, da die Abgänger_innen dieser an internationalen Standards ausgerichteten Universität nicht zur Rekrutierung von den alten politischen Eliten zugelassen wurde. Zugleich werden neben dem vom Majdan besetzten Jugend- und Sportministerium und dem Kulturministerium die einflussreichen Ämter wie das Finanzministerium von altbekannten Gesichtern besetzt.

ZWISCHEN OST UND WEST?

Die Lebensrealitäten im westlichen Teil des Landes, der historisch dem österreichisch-ungarischen Galizien zuzuordnen war, unterscheiden sich deutlich vom Russland nahestehenden Osten. Die Ost-West-Spaltung der Ukraine wird jedoch instrumentalisiert. Dies wurde in den letzten Jahren immer wieder anhand der Sprachenfrage besonders deutlich, um sozio-ökonomische Probleme nicht in Angriff nehmen zu müssen. Das Gesetz, das Russisch als Regionalsprache zulässt, erhielt viel Aufmerksamkeit und stellte die Problematik der offiziellen Anerkennung der russischen Sprache in den Mittelpunkt, da befürchtet wurde, dass diese auf Kosten des Ukrainischen gehen würde. Denn obgleich die Mehrheit im Westen Ukrainisch und im Osten Russisch spricht, spielen auch Stadt-Land-Fragen und die Generationszugehörigkeit eine Rolle. Überdies sprechen viele Ukrainer_innen beide Sprachen bzw. verstehen einander problemlos.

Wie bereits oben angedeutet, lässt sich das ukrainische Kapital nicht eindeutig dem Westen oder Osten zuordnen. Prinzipiell erfolgreiche ukrainische Unternehmen sind transnational tätig, wie etwa die »System Capital Management Holding« des reichsten ukrainischen Oligarchen Rinat Achmetow. Achmetow ist dem Donezk-Clan zuzuordnen und wichtigster Unterstützer der Partei der Regionen und damit auch von Janukowytsch bis zu den Februar-Ereignissen diese Jahres. Ein Beispiel für ein bisheriges Nahverhältnis zu russischem Kapital stellt Dmytro Firtasch dar, der zuletzt in Wien festgenommen wurde, da von Seiten des FBI Korruptionsvorwürfe gegen ihn vorlagen.

Die Europäische Union zeichnet sich nicht erst seit der Krise, sondern bereits seit der Orangen Revolution durch ihre Untätigkeit gegenüber der Ukraine aus. Sei es durch die verspäteten Sanktionen in Form von Kapitaleinfrierung und Einreiseverbote, die gegenüber einigen Oligarchen erst sehr spät verhängt wurden oder durch nicht vorhandene Einreiseerleichterungen in die Europäische Union für alle anderen Ukrainer_innen. Zudem ist zu hinterfragen, welche positiven wirtschaftlichen Entwicklungen sich die EU für die Ukraine durch den Abschluss des Assoziierungsabkommens erhofft, dessen grundlegender Teil auch ein Freihandelsabkommen darstellt.

Der drohende Staatsbankrott wurde kurzfristig mittels IWF-Kredits abgewendet. Im Gegenzug wird der Gaspreis ab 1. Mai um 50 Prozent erhöht, weitere Kürzungen im Staatshaushalt wurden vorgenommen. Anstelle des zuletzt gefahrenen »multivektoralen« Kurses von Janukowytsch, der ausschließlich seiner eigenen Bereicherung und der Unterstützung seiner »Familie« diente, macht sich nun eine westliche, neoliberale Austeritätspolitik breit, die die Ukraine in einen »transparenten Kapitalismus« ohne Aussicht auf eine reale Besserung der Lebensverhältnisse für die breite Masse der ukrainischen Bevölkerung überführen soll. 

CHRISTINA PLANK

ist Doktorandin und Lehrbeauftragte am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und forscht zu landwirtschafts- und energiepolitischen Fragen in der Ukraine.

LITERATURHINWEISE

Blog LeftEast: <http://www.criticatac.ro/lefteast/>

Prostory Nr. 8, Documenting Maidan: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Ausland/Osteuropa/maidan_RLS2.pdf

**BÖSE
DINGE**
HOFMOBILIENDEPOT



Gründe, die völkerrechtliche Kirche im politischen Dorf zu lassen

Im Zuge des Machtwechsels in der Ukraine entwickelte sich die Halbinsel Krim zu einem der Hotspots der Ereignisse. Stefan Brocza diskutiert die Frage der Völkerrechtswidrigkeit der Involvierung Russlands in die Ablösung der Krim von der Ukraine und plädiert für eine Versachlichung der Debatte.

Zwischen Washington, Brüssel und Berlin herrscht politische Übereinstimmung: Russland unter Putin hat massiv das Völkerrecht verletzt. Man sollte diesen einmütigen regierungsamtlichen Verlautbarungen jedoch misstrauen. Nicht alles, was den eigenen politischen Wünschen und Planspielen zuwiderläuft, ist gleich völkerrechtswidrig.

Wie wäre es eigentlich, die Vorgänge rund um die Krim als das anzusehen, was sie (auch) waren: Eine Sezession, die Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit, bestätigt durch ein Referendum, das die Abspaltung von der Ukraine billigte. Danach folgte der Antrag auf Beitritt zur Russischen Föderation, der in der Folge von Moskau auch noch angenommen wurde. Liest man die Geschehnisse so, bleibt eigentlich vom Todschlachargument »Völkerrechtswidrigkeit« wenig über.

SEZESSION VERSUS ANNEXION

Die Ablösung der Krim und die Überführung in die Russische Föderation scheint – entgegen vor allem medial verbreiteter Ansichten – eher keine Annexion gewesen zu sein. Annexion als Form des Gebietserwerbs bedeutet immer eine gewaltsame Einverleibung eines Gebiets gegen den Willen des betreffenden Staates und stellt im heute gültigen Völkerrecht keinen tauglichen Erwerbstitel dar. Eine Annexion verletzt also das zwischenstaatliche Gewaltverbot und würde in der Folge Befugnisse zur militärischen Notwehr des Angegriffenen und auch zur Nothilfe seitens dritter Staaten auslösen. Zur Verdeutlichung: Der Einmarsch des Irak in Kuwait im Jahr 1991 war eine Annexion und völkerrechtswidrig – fremdes Staatsgebiet wurde militärisch konfisziert und dem eigenen zugeschlagen. Folge war ein massiver Militärschlag gegen den

Aggressor. Was vor wenigen Wochen auf der Krim passierte war ein Sezessionsprozess: Die Abspaltung der Krim von der Ukraine. Dies verstieß gegen die ukrainische Verfassung – solche Verstöße sind jedoch keine Frage des Völkerrechts.

Das vielfach bemühte Selbstbestimmungsrecht der Völker wie auch der immer wieder vorgebrachte völkerrechtliche Minderheitenschutz stehen im grundsätzlichen Wettstreit mit den Bewahungsinteressen bestehender Herrschaftsverhältnisse. Das herrschende Völkerrecht zeigt sich daher mehr als zurückhaltend, wenn es um die territoriale Veränderung von Staaten geht. Ein Sezessionsrecht ethnischer oder religiöser Minderheiten lässt sich daher (im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts der Völker) auch bei diskriminierender Behandlung nur schwerlich argumentieren. Die jüngste Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes hat sich im Verhältnis Selbstbestimmungsrecht der Völker einerseits und territoriale Bestandsinteressen andererseits letztlich immer wieder für die Rechtssicherheit ausgesprochen. Man mag dies nun so deuten, dass damit das Selbstbestimmungsrecht der Völker regelmäßig am Altar stabiler territorialer Ordnungen geopfert wird. Was man jedoch nicht darf, ist die aktuelle westliche Argumentationskette zu übernehmen: Weil es de facto kein Völkerrecht auf Sezession gibt, sei die Abspaltung der Krim völkerrechtswidrig.

Reinhard Merkel, Rechtsphilosoph aus Hamburg, hat dazu jüngst sehr passend ausgeführt, dass dies wohl auf einer verfehlten Parallele zum innerstaatlichen Recht beruht. Dieses gewährt außerhalb konkreter Verbote stets ein prinzipielles Freiheitsrecht: erlaubt ist, was nicht prinzipiell verboten ist. Deshalb bedeutet in dieser Interpretationssphäre die Feststel-

lung, jemand habe ohne Erlaubnis gehandelt, stets zugleich das Verdikt, dieses Handeln sei rechtswidrig gewesen. Diese – vom innerstaatlichen Recht geprägte – Logik gibt es im Völkerrecht jedoch nicht. Nach Merkel gibt es dort durchaus Formen kollektiven Handelns, zu denen sich das Völkerrecht neutral verhält. Die Sezession sei ein solcher Fall. Ein allgemeines Verbot ginge ins Leere, da dessen mögliche Adressaten dem Völkerrecht nicht unterworfen sind. Eine explizite Erlaubnis zur Sezession wird gleichzeitig in etlichen internationalen Dokumenten verneint. Daraus folgt: Sollte es zu einer Sezession kommen, wird sie eben zur Kenntnis genommen und abgewartet.

RUSSISCHE MILITÄRPRÄSENZ

Kritiker werden einwenden: Und wie steht es um die russische Militärpräsenz in diesen Tagen auf der Krim? Wäre das nicht der schlagende Beweis für die Annexions-Hypothese? In der Tat müsste man diese Präsenz anders bewerten, wenn sie die Voraussetzung für den Abspaltungsprozess und noch viel mehr der Garant für das Ergebnis des folgenden Referendums gewesen wäre. Dies scheint jedoch nicht der Fall zu sein. Weder ist die Anwesenheit russischen Militärs für die Erklärung der Unabhängigkeit noch für das folgende Referendum kausal. Oder wie der schon erwähnte Reinhard Merkel ausführte: Sie sicherte die Möglichkeit des Stattfindens der Ereignisse; auf deren Ausgang nahm und hatte sie keinen Einfluss. Dies mag auf den ersten Blick zynisch wirken, dem Argument ist jedoch zu folgen.

Das (theoretische) Bedrohungspotential galt weder den Bürgern noch dem Parlament der Krim, sondern vielmehr den Soldaten der ukrainischen Armee. Die militärische Präsenz Russlands hat somit allenfalls ein militärisches Eingreifen der ukrainischen Zentralmacht verhindert. Denn selbst die größten Russlandkritiker müssen zugestehen, dass das schlussendliche Referendumsergebnis den authentischen Willen der Mehrheit der Bevölkerung auf dem Krim widerspiegelt. Die Anwesenheit russischen Militärs hat somit wohl erst die Abspaltung ermöglicht. Und wie oben bereits ausgeführt: Diese Sezession ist nicht völkerrechtswidrig.

Die Anwesenheit russischer Militäreinheiten auf der Krim wiederum hat natürlich Völkerrecht verletzt. Alle Einheiten außerhalb des russischen Pachtgebietes auf der Krim waren völkerrechtswidrig und haben selbstverständlich das zwischenstaatliche Interventionsverbot verletzt. Das macht zwar die eigentliche Sezession nicht nichtig, kann jedoch zu an-

gemessenen völkerrechtlichen Sanktionen gegen Russland führen. Die seitens der internationalen Staatengemeinschaft aktuell erlassenen (maßvollen) Sanktionen können daher als eine (passende) Antwort auf die völkerrechtswidrige Präsenz russischer Militäreinheiten in der ersten Phase der Krim-Abspaltung interpretiert werden. Eine Sanktionierung der eigentlichen Sezession ist völkerrechtlich jedoch nicht geboten.

ANERKENNUNG DER KRIM

Teil des völkerrechtlichen Nichteinmischungsprozesses ist es zweifellos, Veränderungen wie im Falle einer Sezession nicht bzw. nicht gleich anzuerkennen. Das Völkerrecht verlangt hier eine gewisse Konsolidierungsphase. Indem Russland bereits zwei Tage nach dem Referendum, am 18. März, das Abkommen zum Beitritt der Krim zur Russischen Föderation unterschrieben hat, hat es sicherlich die völkerrechtlichen Gepflogenheiten verletzt. Wobei klar gestellt werden muss, dass nicht der Anschluss eines unabhängigen Staates an einen anderen unabhängigen das Völkerrecht tangiert, sondern lediglich die Frage des Zeitpunkts der Anerkennung der Krim als eigenständigen souveränen Staat. Mit dieser voreiligen, überstürzten Anerkennung wurde das Recht der Ukraine auf Achtung ihrer territorialen Integrität verletzt. Auch dieser Vorgang rechtfertigt – dem Verstoß gemäß – internationale Gegenmaßnahmen.

Gerade dieser Punkt – die übereilte Anerkennung zwecks Legitimierung der Ereignisse – führt jedoch die Scheinheiligkeit so mancher westlichen Reaktion auf die Vorgänge rund um die Krim vor Augen: Als vor sechs Jahren die damalige provisorische Zivilverwaltung im Kosovo ihre Unabhängigkeit vom Zentralstaat Serbien erklärte, wurde diese Sezession bereits nach einem Tag von England, Frankreich und den Vereinigten Staaten, sowie drei Tage später von Deutschland anerkannt. Die Bereitschaft, im Fall des Falles Völkerrecht auch einmal zu brechen, ist also auch in der westlichen Hemisphäre nicht vollkommen unbekannt. Auch das war ein völkerrechtswidriger Eingriff in den Anspruch Serbiens auf Achtung seiner territorialen Unversehrtheit. Ironie der Geschichte: Damals kritisierte Russland die überstürzte Anerkennung und argumentierte immer wieder mit dem Völkerrecht. Heute, im Fall der Krim, wird das gleiche politische Spiel gegeben – nur diesmal sind die Rollen anders verteilt: Diesmal kritisiert der Westen und hält das Banner des Völkerrechts hoch.

BEWERTUNG DER ABSPALTUNG

Eine unaufgeregte Sicht der Dinge führt zur überraschenden

Einsicht: Ja, Russland hat das Völkerrecht gebrochen. Man sollte jedoch die Kirche im Dorf lassen, denn so massiv waren die Verletzungen dann wohl auch wieder nicht: Übrig bleibt die völkerrechtswidrige Präsenz russischer Militäreinheiten außerhalb ihrer angestammten Pachtgebiete auf der Krim sowie eine völkerrechtswidrige, weil offensichtlich zu rasche Anerkennung der Krim als eigenständiger Staat. Ersteres ist allenfalls eine politisch-militärische Nötigung auf fremden Territorium (jedenfalls aber keine Annexion), zweiteres ein altbekanntes außenpolitisches Manöver zur Verfestigung geänderter Realitäten.

WER ZAHLT EIGENTLICH DIE SCHULDEN DER KRIM?

Welche internationalen Verträge und Verpflichtungen der Ukraine gelten auch für die Krim weiter? Beim Fragenkomplex Staatennachfolge sind zwei Grundüberlegungen zu berücksichtigen: Einerseits das Interesse der Staatengemeinschaft an Stabilität und Kontinuität der internationalen Beziehungen; andererseits das Interesse des Nachfolgeterritoriums, nicht durch Vertragsentscheidungen des früheren Mutterlandes zu sehr vorbestimmt und somit in der autonomen Entscheidungsgewalt eingeschränkt zu werden.

Von besonderem Interesse für sich abspaltende Gebiete ist dabei die Frage nach der Regelung der Vermögens- und Schuldenfrage. Einen Lösungsansatz liefert dabei die (bisher nicht in Kraft getretene) Wiener Konvention über die Staatennachfolge in Bezug auf Staatsvermögen, Staatsarchive und Staatsschulden aus dem Jahr 1978. Sie gilt für alle Formen der Staatennachfolge, somit auch Sezession oder Beitritt/Überführung in ein neues Staatesgebilde. Die Regelung der Staatsschulden ist dabei auf die vertraglichen Schulden gegenüber anderen Staaten, internationalen Organisationen sowie anderen völkerrechtlichen Subjekten beschränkt. Schulden gegenüber privaten ausländischen Gläubigern sowie das Problem deliktischer Schulden bleiben ausgeklammert.

Diese Fragen müssen mit Hilfe des Völkergewohnheitsrecht gelöst werden. Die Konvention versucht die schwierigen Fragen der Schuldenübernahme durch die Unterscheidung von »national, local and localised debts« zu lösen. Grundsätzlich sollen die Schulden beim Vorgängerstaat erlöschen und beim Nachfolger aufleben. Beim Zerfall eines Staates gehen die Schulden auf die Nachfolgestaaten über. Auch so genannte gebietsbezogene Schulden (localised debts), also Schulden aus Verpflichtungen, die der alte Staat ausschließlich

im Interesse eines bestimmten Gebietsteils gemacht hat, gehen automatisch auf den Gebietennachfolger über. Wenn keine Vereinbarung getroffen wird, soll ein »angemessener Teil (equitable proportion)« der zwischenstaatlichen Schuld auf den Gebietennachfolger übergehen. Diese Regelung soll gemäß der Konvention übrigens selbst beim Losreißen eines Gebietsteils gelten.

Entscheidender Maßstab für die Verteilung der Staatsschulden dürfte dabei der Anteil des Bruttosozialprodukts sein, welche dem übergebenen Staatsgebiet zuzuordnen ist. Die Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen privaten Gläubigern sind nicht Gegenstand der Wiener Konvention. Grundsätzlich gilt, dass die Nachfolge in diese Schulden ähnlich zu regeln ist wie die Nachfolge in völkerrechtliche Verbindlichkeiten.

Was bedeutet dies nun für die Krim? Folgt man der historischen Erfahrung ist wohl kaum damit zu rechnen, dass die Russische Föderation die anteilmäßigen Staatsschulden der Krim übernimmt oder diese gar bedient. Lässt man sich jedoch auf die Argumentation der russischen Seite ein, wonach die Loslösung der Krim völkerrechtskonform über die Bühne gegangen sei, dann sollte man auch eine völkerrechtskonforme Lösung der Schuldenfrage erwarten dürfen. Dies könnte dann aber nur die anteilmäßige Übernahme der Verbindlichkeiten sowie die Gesamtübernahme der gebietsbezogenen Schulden (die bei einer Halbinsel wohl nicht zu unterschätzen sind) bedeuten. Und wenn man schon so vehement auf die Einhaltung des Völkerrechts erpicht ist, müsste das dann auch die Übernahme der Forderungen der privaten Gläubiger beinhalten. Das würde dann etwa dazu führen, dass Teile der exorbitanten Gaslieferrechnungen an die Ukraine durch Russland selbst zu bezahlen wären. Denn auch im Völkerrecht gilt im Zweifelsfall die Regel: *follow the money*.

AUSBLICK

Von den unmittelbaren völkerrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit den Vorgängen rund um die Krim abgesehen, stellen sich mittelfristig einige weitere, wichtige Fragen: Wie sieht eigentlich die (hoffentlich vorhandene) Exit-Strategie aus dem nun beginnenden Sanktionskarussell aus? So lässt sich etwa die Tür zu den G8 verhältnismäßig leicht zuschlagen, irgendwann muss irgendwer diese Tür aber auch wieder öffnen. Wie soll es nach dem soeben erfolgten Stimmrechtsentzug für Russland im Europarat weitergehen? Auch hier vermisst man die (transparente) politische Diskussion darüber, wie ein

Normalzustand wieder erreicht werden kann. Übrigens hat Österreich aktuell den Vorsitz im Europarat inne. Über intelligente Lösungsstrategien schweigt man diesbezüglich jedoch in Wien. Und ein Aspekt wurde bisher absolut außer Acht gelassen: Wie reagieren eigentlich die Partner Russlands auf die Krim-Vorkommnisse? Die wieder aufflammende Vehemenz rund um den Schutz von Russen im nahen Ausland müsste zumindest die Partner in der künftigen Eurasischen Union (Weißrussland, Armenien und Kasachstan als Fixstarter bzw. Tadschikistan und Kirgisistan als nächste Kandidaten) aufrütteln. Aber auch China – derzeit fest an der Seite Russlands stehend – sollte sich Gedanken machen, dass Sezessionsprozesse abtrünniger Provinzen künftig wieder vermehrt auf der Tagesordnung der internationalen Politik stehen werden. Eines scheint klar: Spannende Zeiten stehen vor der Tür. 🍷

STEFAN BROCZA

ist Experte für Europarecht und Internationale Beziehungen und lehrt an den Universitäten Wien und Salzburg.

LITERATURHINWEISE

Brocza, Stefan (2014): »Muss Russland für Krim-Schulden aufkommen?«, Rechtspanorama – Die Presse, 7. April 2014, S. 16. | **Herdegen, Matthias** (2012): Völkerrecht; München: C.H. Beck. | **Merkel, Reinhard** (2014): »Die kühle Ironie der Geschichte«, Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 83, 8. April 2014, S. 13. | **Paech, Norman / Stuby, Gerhard** (2013): Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen; Hamburg: VSA.



Kinder-Sneakers mit Obama-Portrait Entwurf: Keds, USA, 2009, Produktspende von Zazzle.com, Inc.
Kategorie: Hurrakitsch © Werkbundarchiv – Museum der Dinge/ Armin Herrmann



Botschaft verstanden?

Nach dem schlechten Ergebnis der französischen SozialistInnen bei den Kommunalwahlen am 23. und 30. März erklärte Präsident François Hollande, er habe »die Botschaft der WählerInnen gehört«. Die Ernennung des Parteirechten Manuel Valls zum neuen Premierminister und die forcierte Durchsetzung eines zum Jahreswechsel verkündeten unternehmerfreundlichen »Verantwortungspaktes« stellen jedoch noch keine Lösung für die Probleme des Parti Socialiste dar. Ludwig Dvořák skizziert in seinem Beitrag die aktuellen Situation der französischen Linken. Eine Orientierung Frankreichs am »Modell Deutschland« ließe das faktische Ende eines »europäischen Kurswechsels« befürchten, noch bevor er im Europa-Wahlkampf rhetorisch so richtig begonnen hätte.

Dass Kommunal- und Regionalwahlen auch ein Zwischentest für die Popularität einer nationalen Regierung darstellen, musste zuletzt Nicolas Sarkozy erfahren. Nach einer Reihe von noch nie dagewesenen Niederlagen der politischen Rechten bei den Wahlen zu Gemeinde-, Départements- und Regionalräten eroberte die Linke 2011 erstmals in der Fünften Republik die Mehrheit im französischen Senat, der durch die RegionalvertreterInnen gewählt wird.

ERGEBNIS DER KOMMUNALWAHLEN

Drei Jahre später und zwei Jahre nach dem Amtsantritt von François Hollande sind es nun die französischen SozialistInnen, die abgestraft wurden. Zwei Drittel der 42 Städte mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen wurden links regiert, nun steht es 23:19 für Frankreichs Konservative. Rund 160 der fast 1.000 Kommunen mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen gingen für die Linke verloren.¹ Dass sich in Paris eine sozialistische Kandidatin als erste Bürgermeisterin durchsetzen konnte, war da nur ein kleiner Trost. Symbolisch bitter waren Niederlagen in Hochburgen wie Tours oder Nevers.

Bitter waren auch die Erfolge des rechtsextremen Front National: Die Partei von Marine Le Pen, die nur in einem Teil der Gemeinden angetreten war, kam landesweit im ersten Wahldurchgang auf 4,88% und eroberte insgesamt erstmals rund ein Dutzend Bürgermeister und 1.600 lokale Mandate. Das ist zwar »nur« knapp die Hälfte der fast 3.000 landesweit (mit rund 3,1 Prozent der Stimmen im ersten Wahldurchgang)

gewählten MandatarInnen von Listen der KommunistInnen (Parti communiste français – PCF), der Linkspartei (Parti de gauche) und deren gemeinsamen Wahlbündnis Linksfront (Front de gauche), trotzdem demonstriert es für die extreme Rechte einen Durchbruch. Denn im Unterschied zu den lokalpolitisch lange erfahrenen KommunistInnen konnten die weitgehend isolierten Rechtsextremen 2008 nur 70 Mandate holen.²

Umfragen für die Europawahlen lassen nichts Gutes erwarten: Alle Prognosen der letzten Wochen deuten auf einen Dreikampf um Platz 1 rund um die 20%-Marke zwischen der konservativen UMP, dem rechtsextremen Front National und dem Parti Socialiste hin, wobei der PS derzeit auf Platz 3 zu liegen kommt.³ Die Linksfront wird derzeit mit einem Stimmenteil knapp unter 10% eingeschätzt.

FRONT NATIONAL

Der Aufschwung der französischen Rechtsextremen kommt jedoch alles andere als unerwartet. Bereits bei den Präsidentschaftswahlen hatte Marine Le Pen im ersten Wahlgang fast 18% der Stimmen erreicht. Für die aktuelle Erfolgswelle sind mehrere Ursachen festzumachen: In einem als »Dediabolisierung« bezeichneten Prozess versucht die Parteiführung den FN von offen neofaschistischen Gruppen abzugrenzen. Gleichzeitig bestehen Bemühungen, die unterschiedlichen innerparteilichen Flügel für die Bindung verschiedener Milieus nutzbar zu machen. Während im Norden von den traditionellen Parteien enttäuschte, vom sozialen Abstieg bedrohte und betrof-

fene ArbeitnehmerInnen einen Gutteil des WählerInnenpotenzials des Front National darstellt, ist der FN im Süden stärker ein Sammelbecken für radikalisierte UMP-SympathisantInnen.⁴ Das zeigte sich auch in der sozialen Zusammensetzung der Le-Pen-WählerInnen 2012: ArbeiterInnen (29%) sowie Gewerbetreibende (25%) wiesen deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse für Marine Le Pen auf.⁵

Eine große Rolle spielt dabei auch eine gewisse rhetorische Überarbeitung der früher klar marktliberalen Wirtschaftspolitik der Partei. War der Front National unter seinem Gründer Jean-Marie Le Pen noch ein Paradebeispiel für das neoliberale Wirtschafts- und Sozialprogramm der extremen Rechten in Europa,⁶ versucht man neuerdings zumindest in der Agitation auch andere Töne anzuschlagen, um sich vom Image einer ultraliberalen Wirtschaftspolitik zu distanzieren: So forderte Marine Le Pen im Wahlprogramm für die Präsidentschaftswahlen einen »starken Staat«, der die strategische Reindustrialisierung Frankreichs planen sollte, die Durchführung der europäischen Richtlinien zur Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen aussetzen müsse und im Bedarfsfall auch Banken verstaatlichen sollte.⁷

Neben der eigenen rhetorischen Mäßigung profitiert die Partei aber zweifellos in besonderem Ausmaß von der Rechtsverschiebung des politischen Diskurses, für den Nicolas Sarkozy als Innenminister und später als Präsident verantwortlich zeichnet. Mit dem Kalkül, rechts keinen Platz lassen zu wollen, eröffnete Sarkozy eine Debatte um »nationale Identität«, »innere Sicherheit« und das Migrationsthema, von dem politisch nun vor allem die extreme Rechte profitiert. Zwischen 2006 und 2010 – also während Sarkozy an der Macht war (!) – nahm der Anteil der UMP-WählerInnen, der im Land zu viele Zuwanderer vermutete, um 25 Prozentpunkte auf 87% zu. Der Aussage »Man fühlt sich nirgendwo mehr sicher« stimmten – nach vier Jahren Sicherheitspolitik Marke Sarkozy(!) – mit 73% doppelt so viele UMP-AnhängerInnen zu als 2006.⁸

Das Verschwimmen der inhaltlichen Positionierung der »extremen« und der »republikanischen« Rechten trägt auch zur Aufweichung der unter Jacques Chirac noch strikt vertretenen strategischen Abgrenzung bei. Wie schon bei den letzten Wahlgängen gab die Parteiführung der konservativen UMP rund um den Vorsitzenden Jean-François Copé auch diesmal nach dem ersten Durchgang der Kommunalwahlen die Parole »Weder-noch« aus. Weder sollten Wahlbündnisse mit dem Front National geschlossen werden, noch sozialistische Kan-

didatInnen gegen aussichtsreiche FN-Aspiranten unterstützt werden. Diese Politik stellt eine Abkehr von der Politik der »Republikanischen Front« dar, die 1998 und 2004 innerhalb der Gaullisten noch rigoros durchgesetzt worden war: ein Wahlbündnis gegen den FN in Stichwahlen, wie es auch die sozialistische Parteiführung 2002 praktizierte, als Jean-Marie Le Pen überraschend in die Stichwahl mit Jacques Chirac kam und der PS dazu aufrief, gegen Le Pen zu stimmen.⁹

UMP – SIEGER OHNE GLANZ

Die charakterlose »Weder-noch«-Haltung spiegelt dabei die politisch keineswegs ungetrübte Lage der großen konservativen Oppositionspartei UMP wider. Der Sieg bei den Kommunalwahlen stellt dabei eine willkommene Abwechslung von den parteiinternen Dauerintrigen dar. Der aktuelle Parteichef Copé erreichte im November 2012 im Rahmen einer Urwahl nur eine sehr knappe Mehrheit, das Lager der knapp unterlegener Gegenkandidat François Fillon warf Copé Wahlbetrug vor und bildete vorübergehend eine eigene Fraktion. Auch wenn der »Krieg der Chefs« – nicht zuletzt in Hinblick auf die triste finanzielle Lage der UMP – im Frühjahr 2013 oberflächlich beigelegt wurde, schwelen die parteiinternen Fehden weiter.

Die »Fillonisten« ergötzen sich an den knapp vor den Kommunalwahlen aufgekommenen Korruptionsvorwürfen gegen Copé, die noch aus seiner Zeit als Generalsekretär der Regierungspartei UMP herrühren. Copé wird zur Last gelegt, acht Millionen Euro Parteigelder versenkt zu haben. Nach den Kommunalwahlen werde Fillon eine »Erklärung« für gewisse Vorgänge in der UMP einfordern, ließen Vertraute des ehemaligen Premierministers schon vielsagend verlauten.¹⁰ Im Hintergrund bastelt Nicolas Sarkozy derweil an seinem persönlichen Comeback, keineswegs zur Freude der Streithähne Copé und Fillon, von denen letzterer bereits fix angekündigt hat, selbst für die Präsidentschaftswahlen 2017 kandidieren zu wollen und wenig Lust zu haben scheint, seine Ambitionen zugunsten Sarkozys zurückzustellen.

Aber auch den Ex-Präsidenten lässt seine Vergangenheit nicht los. Neben dem Vorwurf, gerichtliche Ermittlungen behindert haben zu wollen, sorgten zuletzt öffentlich gemachte Tonbandmitschnitte seines Ex-Beraters Patrick Buisson für Aufregung. Der vom rechten Rand geliehene Kommunikationsstrategie Sarkozys hatte ohne Wissen des damaligen Präsidenten Gespräche aufgenommen, die nun auszugsweise veröffentlicht wurden.¹¹ Die publik gemachten abschätzigen

Bemerkungen über seine damalige Ministerriege und auch Premierminister Fillon dürften die Sehnsucht nach Sarkozys Comeback in der UMP-Führungsspitze nicht wesentlich gesteigert haben, auch wenn sich diese über den »Verrat Buissons« maßlos empört zeigte. Sarkozys boulevardeske Inszenierung an der Seite Carla Brunis, die ihn umschwirrenden Polit-Affären und seine Ausritte gegen die französische Justiz, die nach Sarkozys eigenem Verständnis mit »Stasi-Methoden« gegen ihn ermittle,¹² lassen französische Medien über die »Berlusconisierung« Sarkozys spekulieren.¹³ Frankreichs Arbeits- und nunmehriger Finanzminister Sapin sah in Sarkozys Attacken gegen die Justiz knapp vor den Kommunalwahlen gar einen »verbalen Staatsstreich à la Berlusconi«.¹⁴ Alles in allem ist die größte Oppositionspartei derzeit in keinem Zustand, der sie zu einem unüberwindlichen Gegner machen würde – ganz im Gegenteil. Zum jüngsten Wahlerfolg hat die UMP selbst wohl am allerwenigsten beigetragen.

UNZUFRIEDENHEIT MIT DER REGIERUNG

Lässt sich die Niederlage der SozialistInnen also keineswegs aus der politischen Stärke ihres größten Gegners erklären, muss man, wie Präsident Hollande es getan hat, die Ursachen in der Unzufriedenheit mit der Regierung sehen. Am Tag nach dem zweiten Wahldurchgang wandte sich Hollande an die Nation und erklärte, er habe die Botschaft der WählerInnen gehört: »Zu wenig Veränderung, zu viel Verzögerung. Zu wenige Arbeitsplätze, zu hohe Arbeitslosigkeit. Zu wenig soziale Gerechtigkeit, zu hohe Abgabenlast«.¹⁵ Hollande verkündete die Bildung eines »gouvernement de combat«, einer »Kampfregierung«, die auch den »Solidaritätspakt« auf den Weg bringen solle, basierend auf den drei Pfeilern Bildung und Ausbildung für die Jugend, Verbesserung des Sozial- und Gesundheitssystems und Stärkung der Kaufkraft durch Senkung der Sozialabgaben.

Die Verantwortung für die Niederlage nahm noch am Wahlabend Premierminister Ayrault auf sich und folgte mit seinem Abgang der französischen Tradition, den Regierungschef nach einer desaströsen Zwischenwahl zu opfern. Der medial erhobene Vorwurf, Ayraults wenig charismatische Führung der Regierungsgeschäfte habe enttäuscht, scheint allerdings nur bedingt gerecht. Dass Ayrault als integrierter Politiker galt, aber keineswegs zu den schillerndsten Führungsfiguren der französischen SozialistInnen zählte, war bereits zum Zeitpunkt seiner Bestellung alles andere als ein Geheimnis. Präsident Hollande hatte sich jedoch bewusst dagegen entschieden, seine schärfste innerparteiliche Konkurrentin um

das Spitzenamt, Martine Aubry, als Regierungschefin zu benennen, so wie François Mitterrand es 1981 mit Pierre Mauroy getan und Barack Obama 2009 Hillary Clinton als Außenministerin in die Regierung geholt hatte.

ARBEITSLOSIGKEIT UND WACHSTUMSSCHWÄCHE

Unabhängig vom Führungspersonal ist es aber wohl tatsächlich primär die Arbeitsmarktlage, die den Unmut der Franzosen und Französinen hervorruft. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Dezember auf über 3,3 Millionen gestiegen. Der Anstieg hatte sich zuletzt zwar verlangsamt, die von Präsident Hollande in Aussicht gestellte Trendumkehr war aber ausgeblieben. Hollande war 2012 mit einem sehr gemäßigten Programm sozialer Verbesserungen in die Wahlen gegangen, deren Umsetzung dennoch im Widerspruch zu den Leitlinien der aktuellen europäischen Wirtschaftspolitik stand und steht. Um sowohl seine Reformvorhaben umzusetzen, als auch den angestrebten ausgeglichenen Haushalt erreichen zu können, sah sein Finanzplan vor allem eine Anregung des Wirtschaftswachstums vor. 2012 schlitterte jedoch der gesamte Euro-Raum in die Rezession, Frankreichs Wachstum stagnierte.¹⁶

Mit dem Fiskalpakt verschärften Europas Staats- und Regierungschefs nochmals die Sparanforderungen an die Mitgliedsstaaten. Die budgetären Restriktionen stellen laut WIFO derzeit eine der Hauptursache für die eher verhaltene Wirtschaftserholung im Euro-Raum dar.¹⁷ Das schwache Wachstum erhöhte gleichzeitig auch in Frankreich den Budgetdruck. Bis 2017 muss der Staat 50 Milliarden Euro einsparen. Zwar gewährte der Rat auf Empfehlung der Europäischen Kommission Frankreich und anderen Mitgliedsstaaten dafür einen zweijährigen Aufschub zur Erreichung der Budgetziele bis 2017 statt 2015, die Mitgliedsstaaten mussten sich jedoch zur Durchführung von Strukturreformen bereit erklären.

Denn nach Lesart der OECD, der Kommission und Ratingagenturen liege Frankreichs Wachstumsschwäche vor allem an mangelnder Wettbewerbsfähigkeit, die durch Kostensenkung wiederhergestellt werden müsse.¹⁸ Um am Weltmarkt trotz steigender Kosten bestehen zu können, müssten Frankreichs Unternehmen ihre Margen reduzieren, was wiederum ihre Investitionskraft und –bereitschaft einschränke.¹⁹ Mit triumphierenden Unterton meldeten deutsche Medien im Jänner, Hollande hole sich nun Rat bei Peter Hartz, dem Namensgeber der Schröder'schen Arbeitsmarktreformen.²⁰

PAKT DER VERANTWORTUNG

Tatsächlich hatte der Präsident zum Jahreswechsel einen »Pakt der Verantwortung« angekündigt, der die Arbeitskosten um insgesamt 30 Milliarden Euro in drei Jahren senken soll. Ein »Schock der Vereinfachung« solle Unternehmensgründung und -führung erleichtern. Im Gegenzug verlangte Hollande mehr »sozialen Dialog« und die Zusage der Arbeitgeber, Arbeitsplätze zu schaffen. Premierminister Ayrault ließ wissen, dass es »Gegenleistungen« geben müsse, die 30 Milliarden sollten nicht einfach in die »Tasche der Bosse« wandern.

Der Präsident des wichtigsten Arbeitgeberverbands Medef, Pierre Gattaz, zeigte der Regierung jedoch wochenlang die kalte Schulter. Die Richtung stimme, erklärte er spöttisch im Jänner, nun müsse aber noch geklärt werden, ob man gemeinsam den Mount Everest oder den Butte aux Cailles (einen 63 Meter hohen Pariser Hügel) besteigen wolle.²¹ Nur eine Senkung der Abgabenlast von über 100 Milliarden Euro könne die Arbeitslosigkeit um bis zu eine Million in fünf Jahren senken. Gleichzeitig lehnte Gattaz jedoch konkrete »Gegenleistungen« zunächst entschieden ab,²² erst auf massiven Druck hin verhandelten die Arbeitgeber über eben diese Gegenleistungen. Konkrete Beschäftigungszahlen bleiben aber weiter außen vor, Verhandlungen darüber wurden auf die Branchenebene verlagert.²³ Insgesamt scheint sich die Vermutung des post-keynesianischen Wirtschaftsmagazins *Alternatives économiques* zu bewahrheiten, dass die »Gegenleistungen nur als schmückendes Beiwerk« dienen.²⁴ Die Regierung setzt ihre Hoffnungen offenkundig darauf, dass die Unternehmen das Geld, das man ihnen in die Hand drückt, auch investieren werden.

Der Analyse des deutschen Ökonomen Heiner Flassbeck folgend, ist die angebotsseitige Stimulierung der französischen Wirtschaft jedoch die falsche Therapie nach einer falschen Diagnose. Flassbeck stellt die These in Frage, dass Frankreich handeln müsse, um seine Wettbewerbsfähigkeit insbesondere gegenüber Deutschland wieder herzustellen. Tatsächlich habe sich die Produktivität in Frankreich seit 1999 nicht wesentlich anders entwickelt als in Deutschland. Der Wettbewerbsvorteil Deutschlands resultiere nicht aus größerer Produktivitätssteigerung oder übermäßigen Lohnerhöhungen in Frankreich. Er resultiere daraus, dass Frankreich sich auch bei den Lohnkosten an die Inflationsziele der EZB gehalten habe, während Deutschland Lohndumping betrieben habe.²⁵ Mit anderen Worten: Frankreich hat eigentlich alles richtig gemacht, abseits davon, Deutschlands jahrelange Niedriglohnpolitik, die

gegen die Grundsätze der Währungsunion verstoßen hat, zu akzeptieren. Flassbeck klagt, die französische Linke habe diesen Zusammenhang nicht verstanden.²⁶ Das ist natürlich nicht auszuschließen, aber doch wenig wahrscheinlich. Industrieminister Arnaud Montebourg verwies z.B. mit seiner Kritik an einem fehlenden Mindestlohn in Deutschland im Oktober 2013 ausdrücklich auf die Rolle der deutschen Lohnpolitik für die »unfaire Konkurrenz« gegenüber den europäischen Partnern.²⁷ Das von Flassbeck kritisierte ziellose Lamentieren über die Ungerechtigkeiten der Euro-Politik bringt vielmehr die Ratlosigkeit der französischen SozialistInnen angesichts der unverändert gebliebenen europäischen Austeritätspolitik zum Ausdruck. Wie befürchtet (ZUKUNFT 05/2010), sieht Frankreichs Regierungsspitze in einer angebotsseitigen Politik offenbar die einzige Möglichkeit, angesichts eines ausbleibenden europäischen Kurswechsels die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Flassbeck hat jedoch sicherlich recht, wenn er dies als wenig aussichtsreich verwirft: Zum einen führen auch Geldgeschenke an die Unternehmen nicht zu mehr Investitionen und auch nicht zu mehr Produktivität, wenn die Nachfrage durch Lohnmäßigung und öffentliche Einsparungen leidet und daher der Absatz einbricht. Zum anderen könnte dies eine neue Spirale nach unten einleiten, die Deutschland und andere Länder zu Kostensenkungsprogrammen veranlasst. Dabei ist es nach Ansicht des deutschen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung gerade der einzuführende Mindestlohn, der die Wachstumsprognosen für Deutschland 2015 erheblich verbessert hat und erstmals seit Jahren auch im maßgeblichen Ausmaß von der Binnenwirtschaft ausgehende Impulse erwarten lässt.²⁸

REGIERUNGSUMBILDUNG

Die der Unzufriedenheit zugrunde liegenden Ursachen kann die jüngste Regierungsumbildung daher kaum lösen. Die linke Parteiströmung »Maintenant la gauche« forderte Hollande in einem offenen Brief auf, zu seinem Wahlprogramm zu stehen und verortete die Niederlage auch im Versuch, auf eine angebotsseitige Arbeitsmarktpolitik einzuschwenken.

Die Auswahl des neuen Regierungschefs lässt aber nicht erwarten, dass Hollande diesem Appell folgen will. Mit Manuel Valls hat er vordergründig einen der in Umfragen am besten abschneidenden Regierungspolitiker zum Premierminister auserkoren. Vor allem hat er aber auch einen prononcierten Vertreter des rechten Flügels des PS, »den am wenig-

ten sozialistischen Sozialisten an die Spitze der Regierung«²⁹ gesetzt. Valls war bei den Vorwahlen für die Präsidentschaftswahl 2011, an denen sich alle Franzosen beteiligen konnten, die sich mit den Zielen der Republik und der Linken formell einverstanden erklärten und einen symbolischen Parteibeitrag leisteten, angetreten. Der liberale britische »Economist« betrachtete ihn damals als den wirtschaftspolitisch »vernünftigsten« Kandidaten der französischen SozialistInnen und stellte ihn in eine politische Tradition mit Tony Blair.³⁰

Valls selbst stellte die 35-Stundenwoche zur Disposition und warnte vor (fast jeglichen) sozialpolitischen Versprechungen, da man sie nicht halten könne. Bei den Vorwahlen reichte es mit diesem Programm nur für 5 % der 2,6 Millionen (!) abgegebenen Stimmen. Nach dem Wahlerfolg 2012 machte Hollande ihn zum Innenminister. Der »Sarkozy der Linken«, wie ihn der Economist nannte, machte seit seinem Amtsantritt mit einer harten Ausländerpolitik von sich reden. Als französische PolizistInnen ein Roma-Mädchen aus der Schule holten, um sie und ihre Familie abzuschieben, ging ein Aufschrei durch Frankreich, der auch die symbolische Affinität dieser Vorgangsweise zu Verhaftungen von Kindern im Vichy-Regime kritisierte. Präsident Hollande ruderte beschämt zurück, Manuel Valls blieb auf Kurs.

Valls hat zweifellos einen Ruf als »Macher« und durchsetzungsstarker Politiker. Zweifellos lässt ihn Hollande auch das als geeigneten Chef einer »Kampfregerung« erscheinen. Dass die Wahl aber auf ihn und nicht etwa den ebenfalls durchsetzungsfähigen und in Umfragen populären Arnaud Montebourg, der dem linken Flügel zugerechnet wird, gefallen ist (oder Martine Aubry, die ihren Posten als Bürgermeisterin von Lille erfolgreich verteidigt hat), ist wohl auch als klare programmatische Aussage zu werten. All dies hat jedenfalls deutlich mehr Bedeutung, als die in deutschsprachigen Medien überrepräsentierten Beziehungsfragen des Präsidenten und die Rückkehr von Hollandes Ex-Partnerin Royal in die Spitzenpolitik.

LINKE KRITIK

Der neue Kurs ruft parteiintern wachsenden Unmut hervor. War es nach den Präsidentschaftswahlen 2012 nur die am wenigsten in den Machteliten verankerte Strömung »Maintenant la gauche« in der durch Fraktionen gekennzeichneten Sozialistischen Partei, die öffentlich kritisch auftrat, hat sich nunmehr auch die gewichtigere Strömung »Un monde d'avance« öffentlich gegen den »Pakt der Verantwortung« gestellt.

Im Vorfeld der Vertrauensabstimmung forderten mehr als 80 sozialistische Abgeordnete, dass wesentliche Politikentscheidungen nur auf Grundlage einer Debatte und unter Einbeziehung des Parlaments erfolgen dürften. Weitere parteinterne Konflikte sind vorprogrammiert, auch wenn Hollande durchaus taktisches Geschick bei der Neuaufstellung der Regierungsmannschaft bewiesen hat. Benoît Hamon, führender Repräsentant von »Un Monde d'avance«, wurde zum Bildungsminister ernannt: Damit bleibt es ihm erspart, als beizugeordneter Minister im Wirtschaftsministerium den »Pakt der Verantwortung« umzusetzen, während seine Strömung ihn ablehnt. Gleichzeitig bleibt er aber der Regierung verpflichtet. Arnaud Montebourgs Industrieressort wiederum wurde um die Wirtschaftsagenden erweitert, womit nun ausgerechnet der populärste linke Minister eben diesen umstrittenen Pakt umzusetzen hat.

Sowohl Hollande als auch Valls nehmen vorerst rhetorische Rücksichten. Von den umfassenden Abgabensenkungen sollen nun auch NiedriglohnbezieherInnen unmittelbar profitieren. Der verkündete Solidaritätspakt soll ebenso wie die von den Arbeitgebern eingeforderten »Gegenleistungen« die neue wirtschaftsfreundliche Agenda versüßen. Die Einbindung der Gewerkschaften in einen sozialen Dialog ist an sich ein geschickter Zug, der zweifellos zur Deeskalation bzw. Diversifizierung unter den Gewerkschaften beiträgt, wird aber den Unmut nur bis zu einem gewissen Punkt kanalisieren können.

All dies wird wenig nutzen, wenn die anstehenden Ausgabenkürzungen umgesetzt werden, die ohne steuerliche Gegenfinanzierung erfolgen sollen, zumal gleichzeitig die Abgabensenkung für Unternehmen erfolgen soll. Völlig unklar ist auch, wie die Sozialsysteme die beabsichtigten Beitragskürzungen verkraften sollen. Es ist zu erwarten, dass in dieser schwierigen Situation auch Valls Qualitäten als rechter Hardliner zum Einsatz kommen werden. Sein Image als »Macher« könnte möglicherweise für die Europawahlen in wenigen Wochen eine gewisse positive Dynamik mit sich bringen. Als Ersatz für eine kohärente Politik, die die eigene Partei und vor allem auch die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, wird es kaum reichen. Schlimmer noch als 2002 bahnt sich im Extremfall ein Auseinanderdriften des linken Lagers an. Die Linkspartei des Ex-Sozialisten Jean-Luc Mélenchon geht bereits jetzt offen auf Konfrontationskurs mit Hollande, die KommunistInnen zeigen sich aufgrund traditioneller Wahlbündnisse im französischen Mehrheitswahlrecht etwas vor-

sichtiger. Verschärft die Regierung aber ihren wirtschaftspolitischen Kurs, wird eine Zerklüftung des linken Spektrums zu erwarten sein.

Die Kommunalwahlen haben allerdings auch gezeigt, dass eine erfolgreiche sozialistische Regierungspolitik dringend notwendig wäre, um die extreme Rechte in Schach zu halten. Wirft die Linke ihre eigenen Ziele über Bord, dann könnte es wie 2002 passieren, dass bei den nächsten Präsidentschaftswahlen die Stichwahl zwischen FN und UMP entschieden wird. Es wäre bitter, müssten die SozialistInnen 2017 zur Wahl von »Weder-Noch«-Sarkozy aufrufen, um Le Pen zu verhindern. Es ist zu hoffen, dass die Sozialistische Partei und ihre RepräsentantInnen strategischen Weitblick beweisen und realisieren, dass eine angebotsseitige Neuorientierung der Wirtschaftspolitik kein Ausweg aus ihrer wachstumspolitischen Misere ist, sondern nur neue Probleme verursachen würde. Der Konfrontation mit Unternehmen und der Merkel-Politik in Europa wird man nur um den Preis der Selbstaufgabe ausweichen können.

EUROPÄISCHE DIMENSION

Das wäre umso dramatischer, als eine solche politische Richtungswende in der zweitgrößten europäischen Volkswirtschaft Klima und politische Kräfteverhältnisse noch ungünstiger gestalten würden. Eine konsequente sozialistische Wirtschaftspolitik, für die 2012 auch die Mehrheit der französischen WählerInnen votiert hat, liegt daher im Interesse aller EuropäerInnen, die sich mit der Dauerkrise und deren Folgen zu Lasten der ArbeitnehmerInnen nicht zufrieden geben wollen. Wenn Frankreich den Kurs der Schröder'schen Agenda 2010 einschlägt, wird dies wirtschafts- und demokratiepolitisch für Europa und ihre Sozialdemokratie schwerwiegende Folgen haben. Europas Sozialdemokratie – und nicht nur Präsident Hollande – wäre daher gut beraten, die Botschaft der französischen WählerInnen zu hören – und richtig zu verstehen.



1. http://www.lemonde.fr/municipales/article/2014/03/31/les-enseignements-cles-d-un-scrutin-historique_4392692_1828682.html
2. <http://www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Municipales>
3. <http://www.ipsos.fr/ipsos-public-affairs/actualites/2014-03-30-intentions-vote-europeennes-2014>
4. Jean-Yves Camus, Der Front National – eine rechtsradikale Partei? (2014)
4. <http://library.fes.de/pdf-files/id/10640.pdf>
5. http://www.ipsos.fr/sites/default/files/attachments/rapport_svv_2012_-_23_avril_2012_-_10h.pdf
6. Schui/Ptak/Blankenburg, Wollt ihr den totalen Markt? – Der Neoliberalismus und die extreme Rechte (1997)
7. <http://www.frontnational.com/pdf/Programme.pdf>
8. Jean-Yves Camus, Der Front National 8.
9. http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2014/03/24/elections-comment-est-on-passe-du-front-republicain-au-ni-ni_4388453_4355770.html
10. <http://tempsreel.nouvelobs.com/politique/20140310.OBS9128/cope-et-sarkozy-feront-ils-le-bonheur-de-fillon.html>
11. <http://www.lesechos.fr/economie-politique/politique/actu/0203352694468-quand-patrick-buisson-enregistre-nicolas-sarkozy-les-revelations-du-canard-654429.php>
12. <http://www.lefigaro.fr/politique/2014/03/20/01002-20140320ART-FIG00296-exclusif-le-figaro-nicolas-sarkozy-s-adresse-aux-francais.php>
13. <http://www.lefigaro.fr/vox/politique/2014/03/19/31001-20140319ART-FIG00243-affaires-nicolas-sarkozy-en-voie-de-berlusconisation.php>
14. http://www.liberation.fr/politiques/2014/03/21/sapin-sur-la-tribune-de-sarkozy-un-coup-d-etat-verbal-a-la-berlusconi_988826
15. <http://www.franceinfo.fr/politique/hollande-un-gouvernement-de-combat-autour-de-manuel-valls-1370093-2014-03-31>
16. <http://wko.at/statistik/jahrbuch/worldGDP.pdf>
17. http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=47183&mime_type=application/pdf
18. <http://www.oecd.org/newsroom/france-reinforcing-competitiveness-is-key-to-boosting-jobs-and-growth.htm>
19. http://www.moody's.com/research/Moodys-affirms-Frances-Aa1-government-bond-rating-maintains-negative-outlook--PR_291169
20. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/reformen-in-frankreich-hollande-holt-sich-rat-bei-peter-hartz/9394050.html>
21. <http://www.lefigaro.fr/conjoncture/2014/01/15/20002-20140115ART-FIG00644-le-oui-mais8230-du-patronat-au-pacte-de-responsabilite-de-francois-hollande.php>
22. <http://www.lejdd.fr/Economie/Pacte-de-responsabilite-Gattaz-critique-lourdement-les-contreparties-652530>
23. http://www.huffingtonpost.fr/2014/03/05/contreparties-pacte-de-responsabilite-accord-medef-trois-syndicats_n_4904960.html
24. http://www.alternatives-economiques.fr/pacte-de-responsabilite---une-politique-de-l-offre-qui-ne-dit-pas-son-nom_fr_art_633_66804.html
25. <http://www.flassbeck-economics.de/frankreich-ist-der-grosse-verlierer-in-der-eurozone-doch-die-meisten-ratschlaege-fuer-seine-gesundungsind-extrem-gefaehrlich/>
26. <http://www.flassbeck-economics.de/kein-wirtschafts-gott-in-frankreich-ni-a-gauche-ni-a-droite/>
27. <http://www.stern.de/news2/aktuell/frankreich-verlangt-mindestlohn-in-deutschland-2062233.html>
28. http://boeckler.de/2728_46826.htm
29. http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/04/11/comment-peut-on-choisir-le-socialiste-le-moins-socialiste-a-la-tete-du-gouvernement_4399518_823448.html
30. <http://www.economist.com/news/europe/21568728-tough-yet-popular-interior-minister-who-may-have-bigger-ambitions-manuel-valls-socialist>

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.





Irrwege einer historischen »Schuldsuche« zum 12. Februar 1934

Im »Standard« **begab** sich der Historiker Kurt Bauer auf die Schuldsuche bei den Ereignissen am 12. Februar 1934 und fand sie auf beiden Seiten. Gerhard Botz entgegnet in seinem Beitrag den beiden Zeitungskomentaren von Kurt Bauer.

Mit zunehmender Verwunderung konnte man den kontroversiellen Artikel Kurt Bauers über die »geteilte Schuld« am »12. Februar 1934« in der Tageszeitung »Der Standard« vom 08.02.2014¹ und den daran anschließenden Meinungs austausch verfolgen. Ich stimme weitestgehend den Repliken von Peter Huemer und Johannes Koll zu,² aber am 19.2.2014 hat Bauer die Polemik noch zugespitzt.³ Er fühle sich durch die grundlegenden Einwände von Huemer und Koll gar in eine »Jahreshauptversammlung des Kameradschaftsbundes«, wo er den »Mythos von der sauberen Wehrmacht« infrage gestellt habe, versetzt und setzt die Einwände, statt sich damit auseinander zu setzen, herab (auch hinkt jeder Vergleich – hier im Sinn von: Gleichsetzung – von kämpfenden Schutzbündlern mit Kriegsverbrechen verübenden Wehrmachtssoldaten gewaltig.) Nicht erst damit hat er sich mit seinen Artikeln mehrfach auf historisches Glatteis begeben und ist dort eingebrochen.

Kurt Bauer ist (seit 2007) freier Mitarbeiter in dem von mir geleiteten Ludwig Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft (LBIHS) und geschätzter Autor einiger Studien zum Nationalsozialismus.⁴ So forscht er derzeit in einem vom Zukunftsfonds finanzierten Projekt zu den linken Februar-Opfern. Seine Kernthese scheint darin zu liegen, dass eine klare faktische und moralische Opfer/Täter-Dichotomie beim Schutzbund-Aufstand 1934 nicht zutrifft, wie das ja auch bei anderen historischen Vorgängen meist der Fall ist. Ein solcher differenzierter Zugang ist richtig und wichtig, er wird aber verwässert durch Bauers Insinuieren einer »geteilten Schuld« bei beiden Konfliktparteien. (Mir scheint, dass Bauer damit – vielleicht unbewusst – die staatspolitisch funktionale gemeinsame Gedenkfeier der Spitzen von SPÖ und ÖVP im Zentral-

friedhof am 12. Februar 2014 geschichtswissenschaftlich sogar absichert. Oder gar eine neue Koalitionsgeschichtsschreibung vorbereitet?) Einige seiner besonders provokanten Sätze verdienen eine konkrete Entgegnung:

1. *»Als Verteidiger und Vorkämpfer für eine parlamentarische Demokratie sahen sich wohl nur die wenigsten der Februarkämpfer. Damals.«*

Zwar ist das Demokratie-Verständnis fast aller politischen Akteure in der Ersten Republik, vor allem nach der latenten Bürgerkriegssituation (1927–1933), nicht jenem der heutigen Zweiten Republik gleichzusetzen. Aber Bauer ignoriert, dass es die Schutzbündler waren, die versuchten, sich verzweifelt gegen die seit März 1933 durch Dollfuß erfolgende Abschaffung der Demokratie und die systematische Beseitigung von Rechtsstaat, bürgerlichen Freiheitsrechten und politisch-gesellschaftlichen Positionen der Sozialdemokratie zu wehren, während der Einfluss des Heimwehr- und Mussolini-Faschismus immer gravierender wurde. Insofern war der Widerstand schließlich aussichtslos, aber er war ein Kampf um die Demokratie, jedenfalls um einige von deren Grundprinzipien. Nach dem Urteil des Altkonservativen und k.k. Ministers Alexander Spitzmüller schon aus dem Jahr 1953 seien die Schutzbündler »selbst nach der Staatslehre des heiligen Thomas von Aquin zum Widerstand gegen eine offenbar unrechtmäßige Regierung berechtigt gewesen.«

2. *»... gegen den bigotten Halbfaschismus⁵ des Dollfuß erhob sich nach dem Februar eine Hydra aus Nationalsozialismus und Halb- und Voll-Kommunismus. Einsicht stellte sich erst später ein. Nämlich 1945, als die Entscheidung anstand zwischen Kommunismus Stalin'scher Prägung und westlicher Demokratie.«*

Es ist falsch zu behaupten, am 12. Februar 1934 sei es um die Abwehr einer solchen »Hydra« gegangen. Bauer schreibt auch, diese »Hydra« habe sich erst nach dem 12. Februar 1934 erhoben. Wenn das so ist, warum hätten das die Schutzbündler schon vorher erkennen müssen? Abgesehen vom Nationalsozialismus, der dabei nur indirekt eine Rolle spielte, können damit, weil die Kommunisten damals eher ein österreichisches Randphänomen waren, nur Sozialdemokratie und Republikanischer Schutzbund gemeint sein. Eine solche Interpretation ist – vorsichtig gesagt – exotisch, argumentativ unlogisch und wurde politisch früher nur von extrem rechter Seite vorgebracht. Das Reden von den Mitteln der Diktatur im »Linzer Programm« der SDAP war für diese, der reformistischen Praxis verschriebene, Partei töricht und höchst kontraproduktiv, aber eben nur weithin radikale Phrase, wie schon von Norbert Leser immer noch gültig geschrieben wurde.⁶

3. *»Bei Otto Bauer, dem intellektuell brillanten, aber stets zaudernden Führer der Sozialdemokratie hörte sich das 1934 ganz anders an. Es sei ein Missverständnis [...], dass die Wiederherstellung der »bürgerlichen Demokratie von gestern« das Ziel der erneuerten Sozialdemokratie sei. Die Partei könne jetzt nur noch für die »Diktatur des Proletariats« kämpfen.«*

Es ist nicht so, dass es Otto Bauer vor dem 12. Februar 1934 um die »Diktatur des Proletariats« gegangen wäre. Diese war bekanntlich im Austromarxismus, wenn er um die Früchte einer demokratisch errungenen Regierungsmacht gebracht werden sollte, nur als letztes Defensivmittel gedacht. Ja, Otto Bauer war sogar schon seit Herbst 1933 bereit gewesen, öffentlich einen Kompromiss im Sinne einer wirtschaftlichen »berufsständischen Ordnung« anzubieten, wie sie von Dollfuß und von Papst Pius XI. verkündet (und nie eingelöst) wurde, sofern damit nicht die politische Demokratie (allzu sehr) geschmälert würde⁷.

Erst nach der Niederlage änderte Otto Bauer radikal seine Meinung. Da der »Faschismus die bürgerliche Demokratie gesprengt hat«, gehe es jetzt nicht mehr um diese, sondern um eine »sozialistische Demokratie«. Diese sei nur durch »eine vorübergehende revolutionäre Diktatur« zu erreichen. (Dieser Zustand wäre im Übrigen eine auch nach anderen Bürgerkriegen häufige unmittelbare Folge gewesen und wohl auch in Österreich nach dem höchst unwahrscheinlichen Fall eines Siegs des Republikanischen Schutzbunds eingetreten, mit unabwägbaren Folgen für eine internationale Ausweitung des Bürgerkriegs durch Italien, wohl auch NS-Deutschland;

in diesem Fall wäre auch die nach Diktatur und Weltkrieg erst möglich werdende österreichische Konsensdemokratie erschwert oder verunmöglicht worden.) Schließlich ist historisch auch gesichert, dass enttäuschte Anhänger der Sozialdemokratie nun erst in einem größeren Ausmaß zu »Revolutionären Sozialisten« oder teilweise auch noch stärker zu Kommunisten wurden, die hierzulande auch nach 1934 nicht sehr zahlreich waren. Wesentlich gravierender war allerdings, dass solche von Zögern und Zurückweichen der Sozialdemokratie vor dem 12. Februar 1934 enttäuschte Linke auch (vor allem in den Bundesländern) zu den Nationalsozialisten übergingen, mehrheitlich aber (nicht nur in Wien) immer noch bis 1938 und darüber hinaus der verbotenen Sozialdemokratie anhängen. Dies nicht zu bedenken bedeutet, historisch unrichtig, das Spätere eins zu eins auf das Frühere zurück zu übertragen.

4. *»Das Bundesheer feuerte mit Artilleriegeschossen – aus denen zumeist (aber nicht immer) die Sprengladungen entfernt worden waren – auf von der Gemeinde Wien errichtete Wohnhäuser, in denen sich schwer Bewaffnete verschanzt hatten. Und diese [...] schossen ihrerseits auf alles, was sich in der Umgebung dieser Wohnhäuser regte. Nicht nur auf Polizei, Heer oder Heimwehr, häufig auch auf zufällig vorbeikommenden Passanten, auf Bewohner von Nachbarhäusern und so weiter. [...] Kollateralschaden nennt sich das seit einigen Jahren. [...] Die Hälfte aller Februartoten in Wien waren Nicht-Kombattanten, die mit dem Aufstand nichts zu tun hatten, die einfach durch Zufall oder Unvernunft in die Feuerlinien gerieten.«*

Auf Regierungsseite gab es 196 Getötete, dagegen zählte man auf Seiten der Zivilbevölkerung rund 250 bis 270 Tote. Da nicht eindeutig zu klären ist, welche davon kämpfende Schutzbündler, (sympathisierende oder abseits stehende) Sozialdemokraten oder ganz unbeteiligte Menschen waren, habe ich selbst in einer statistischen Untersuchung diese drei Getöteten-Gruppen in der Kategorie »Zivilisten«, die immerhin nicht überwiegend auf der Regierungsseite standen, zusammen gefasst.⁸ Bauer versucht, von fast denselben Zahlen ausgehend, zwischen Getöteten unter den sogenannten Unbeteiligten (120–140) und denen der Aufständischen (110–120) genau zu unterscheiden.

Dieses Bemühen ist neu und begrüßenswert. Problematisch wird es allerdings dann, wenn er übersieht, dass verletzte Aufständische und deren Helfer danach trachten mussten, möglichst zu den Unbeteiligten gerechnet zu werden. In Anbetracht der sonst drohenden Bestrafung ist anzunehmen, dass

es hier zu einer beträchtlichen Verschiebung (von Kampfteiligten zu »Unbeteiligten«) gekommen ist.

Wie schon aus einer Aktenauswertung für Wien⁹ hervorgeht, kann schätzungsweise etwa nur ein Drittel der nicht am Kampf aktiv beteiligten getöteten Zivilisten solchen Berufsgruppen zugeordnet werden, die überwiegend politisch zum »bürgerlichen Lager« tendierten. Daher ist anzunehmen, dass sich unter den getöteten »Unbeteiligten« mehr Mitglieder oder Sympathisanten des Republikanischen Schutzbundes als sonstige Zivilisten befanden. Überdies ereigneten sich die heftigsten Kämpfe in Wien gerade in Arbeiterbezirken, wo üblicherweise kaum »Bürgerliche« auf der Straße und in den Häusern anzutreffen waren. Bauers These, wonach, wie er schreibt, »die Schuld« für die am Kampf unbeteiligten Getöteten, »ungefähr zu gleichen Teilen beiden Parteien zuzuschreiben« sei, halte ich für nicht plausibel, vor allem wenn man auch die Ungleichheit der Kampfmittel bedenkt: auf der einen Seite gab es Geschütze und Panzerfahrzeuge, auf der anderen bestenfalls MGs, alte Gewehre und selbst gebastelte Handgranaten – keine »schwere Bewaffnung«. In diesem Zusammenhang das Wort von »Kollateralschäden«, die bei jeder bewaffneten Auseinandersetzung im *friendly fire* vorkommen, in den Mund zu nehmen, erscheint mir pietätlos und für eine Klärung der Februar-Opfer für wenig zielführend.

5. »Wenn von *«Exzesstötungen»* [...] die Rede ist, so wird der [in einer Replik] von Huemer zitierte Florian Wenninger wohl an das grauenhafte Massaker auf der Bühne des Arbeiterheims Holzleiten gedacht haben, die ›standrechtliche‹ Erschießung von wehrlosen Schutzbündlern durch die Heimwehr.[...] Aber dachte Wenninger auch an den ›lynchungsähnlichen Zwischenfall‹ (G.Botz) auf dem Polygonplatz in Linz, wo Bundesheer-Angehörige von einer gewaltigen Übermacht an Schutzbündlern niedergeschossen und erschlagen wurden? [...] Aufgrund meiner Beschäftigung mit politischer Gewalt in Wien um 1930 halte ich [K.B. meint: auch am 12. Februar 1934] die Täterschaft von marodierenden Polit-Jugendgangs allerdings durchaus für möglich. Gewissheit darüber kann es nicht geben.«


Bauer spricht zwar von den grauenhaften Rachemorden an Schutzbund-Sanitätern auf der Bühne von Holzleiten durch Militär und Heimwehr, aber nicht von anderen gewaltvollen Rache- und Demütigungsaktionen von Personen der Regierungsseite, vor allem seitens mancher Heimwehrmänner, aber auch seitens der Exekutive, worüber auch Florian Wenninger einschlägig, aber mit anderen Fragestellungen und vorläufigen Ergebnissen arbeitet.¹⁰ Polizei- und Heimwehrex-

zesse kommen in dem von Bauer hauptsächlich herangezogenen Quellen-Corpus, in den seiner Meinung nach »zumindest faktensicheren Polizeiberichten«, aber kaum vor. Immerhin hatte die Polizei, obzwar sie auch in der Dollfuss-Diktatur noch teilweise nach den gewohnten alten normenstaatlichen Reglements agierte und Berichte verfasste, jedes Interesse, ihrerseits erst gar nicht aktenkundig werden zu lassen, was beim eigenen Vorgehen den damals geltenden Rechtsgrundsätzen widersprach.(Die autoritäre Diktatur Dollfuss war eben nicht die völlig rechtsferne ss-Diktatur.)

Bauer stellt dem »Fall Holzleiten« den »Fall auf dem Linzer Polygonplatz« gegenüber und zitiert dazu meine eigene ältere Charakterisierung¹¹ als »lynchungsähnlichen Zwischenfall«; bei diesem ungleichen Kampfgeschehen an Schutzbund-Barrikaden¹² dürfte es tatsächlich auch zu direkter »Einwirkung mit einer enormen stumpfen Gewalt«, nicht aber zu einer eigentlichen Lynchung gekommen sein, wie ich heute mich richtigstellend annehme. Bauer, der sine ira et studio forschen will, übersteigert hier diesen Vorfall quantitativ und emotionell. Zwar dürften beim und nach dem 12. Februar 1934 Exzeshandlungen wie wohl anderswo tatsächlich auch von Seiten der Linken vorgekommen sein, aber es ist absurd zu meinen, beim Schutzbundaufstand habe es in einem nennenswerten Ausmaß herumballernde Kommunisten oder Schutzbündler gegeben; solches hatte Bauer noch in der ganz anderen Kampfsituation der blutigen politischen Zusammenstöße der frühen 1930er-Jahre am Werk gesehen, als man zugespitzt manchmal auch von »marodierenden Polit-Jugendgangs« (einerseits Nationalsozialisten und andererseits Kommunisten und andere Linke) sprechen konnte. Kommunisten, die sich zur Kampfteilnahme am 12. Februar 1934 melden wollten, wurden von den Schutzbündlern eher abgewiesen, als mit Waffen am Kampf beteiligt. Denn der Republikanische Schutzbund hatte sich seit den späten 1920er-Jahren zunehmend in eine straff militärähnliche Organisation umgewandelt, in der für Spontaneität ebenso wenig Raum war wie für selbstorganisiertes (guerillaartiges) Kämpfen oder Disziplinlosigkeit. (Auch Richard Bernaschek erfüllte eine solche Charakterisierung nur hinsichtlich seines Versuchs, dem gesamtösterreichischen Schutzbund und seiner Partei den Aufstand aufzuzwingen.)

Insgesamt kann man sich bei den beiden »Standard«-Artikeln des Eindrucks kaum erwehren, als wolle Bauer die Verantwortung für die beträchtliche Zahl von »unbeteiligten« Getöteten oder Verletzten und von Exzesstaten im gleichen

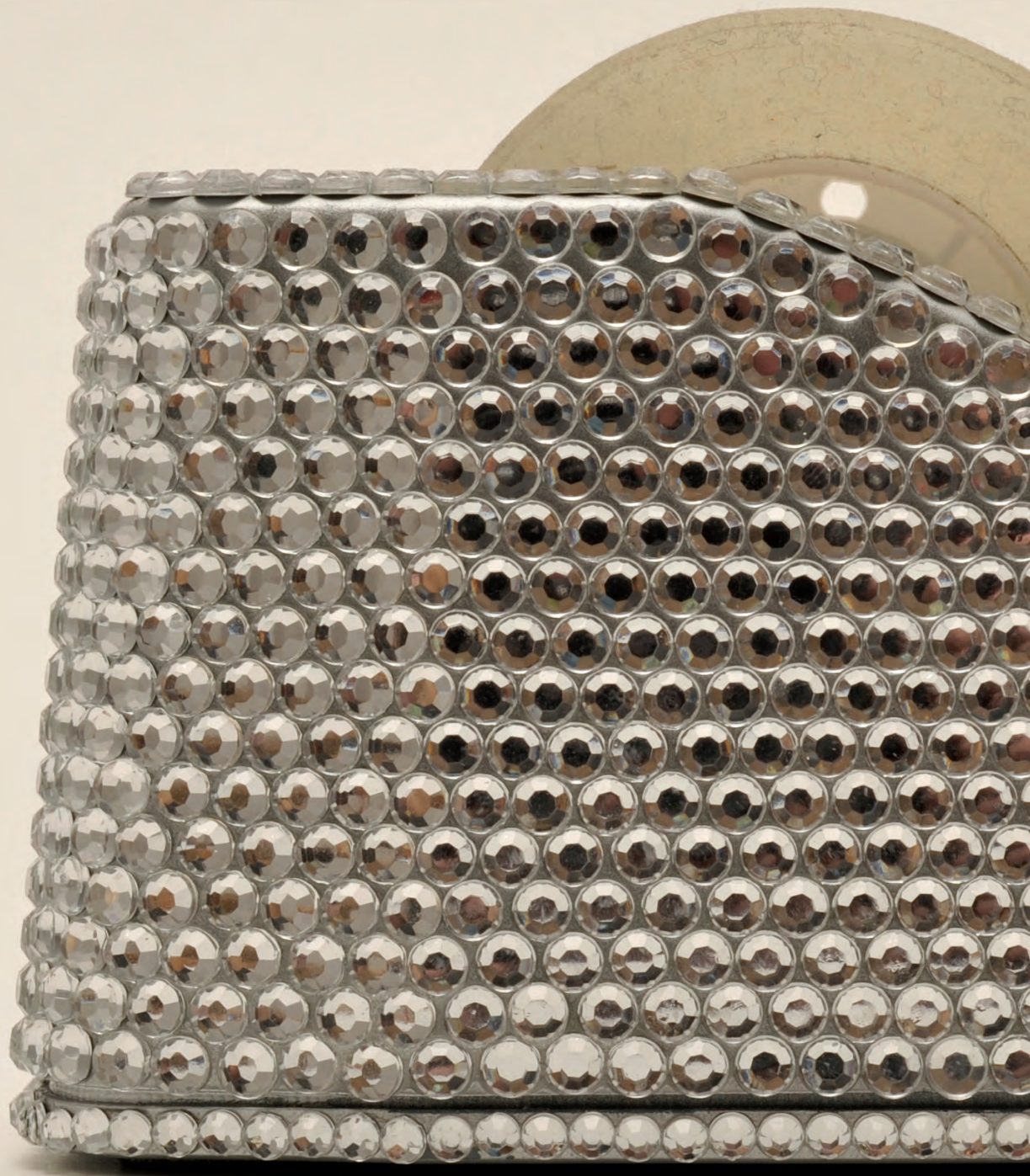
Ausmaß auch den Aufständischen in die Schuhe schieben. Indem er eine »geteilte Schuld« an der Verursachung der Opfer der Kämpfe des »12. Februar 1934« nachzuweisen sucht, will er offensichtlich eine (auf andere Weise geschichtswissenschaftlich durchaus sinnvolle) Entheroisierung der Schutzbündler betreiben. Allerdings ist eine solche wohl verständlich, wenn man bedenkt, dass die Aufständischen und ihre Unterstützer bisher kriminalisiert gewesen sind und erst sehr spät – vor einem Jahr – staats offiziell als Kämpfer für die österreichische Demokratie rehabilitiert wurden.

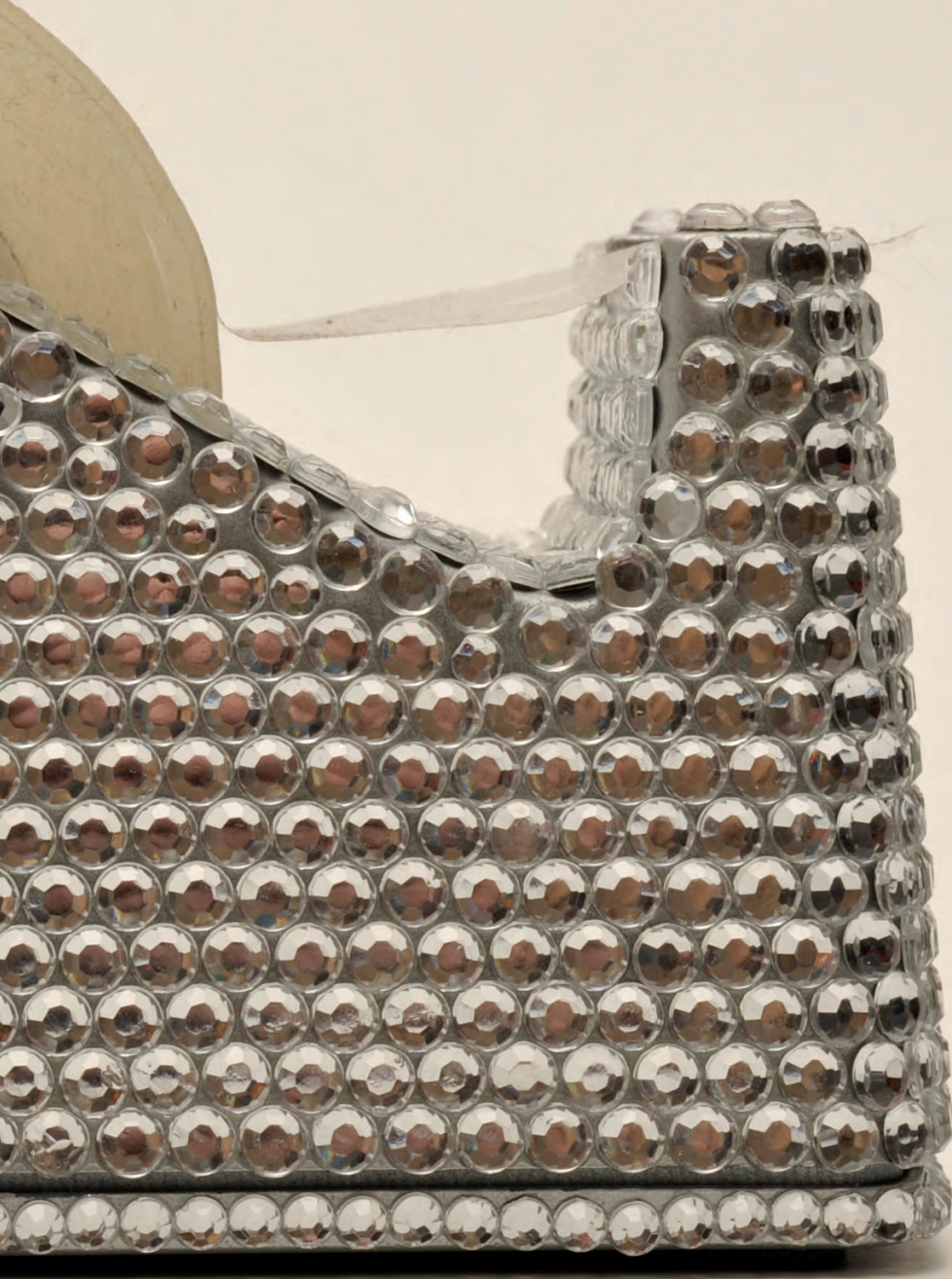
Heraklits Diktum vom Krieg (pólemos) in der umfassenderen Bedeutung bei den alten Griechen variierend kann man sagen: Kampf um faktenorientierte Thesen, Methoden und Theorien ist der Vater aller wissenschaftlichen Geschichte. Um diesen sollte es auch bei einem 80 Jahre zurückliegenden und trotz seiner Bedeutung noch immer unterbeforschten Ereignis gehen. 

GERHARD BOTZ

ist emeritierter Univ.-Prof. für Zeitgeschichte an der Univ. Wien und Leiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für Historische Sozialwissenschaft.

1. Kurt Bauer, Schwieriges Vermächtnis, in: Der Standard 7.2.2014 online, <http://derstandard.at/1389859710515/Schwieriges-Vermachtnis> (14.2.14).
2. Peter Huemer, Das 34er Jahr: Widerstand und Heroismus, in: ebenda 11.2.2014 online, <http://derstandard.at/1389860054942/Das-34er-Jahr-Widerstand-und-Heroismus> und: Johannes Koll, Kollateralschäden und Verantwortung, ebenda <http://derstandard.at/1389860061417/Kollateralschaeden-und-Verantwortung> (17.2.14).
3. Kurt Bauer, Die vielen Wahrheiten des Februar, ebenda, 18.2.2014 online, <http://derstandard.at/1389860061417/Kollateralschaeden-und-Verantwortung> (14.2.14)
4. Vgl. Kurt Bauer, Elementar-Ereignis, Wien 2003; ders., Nationalsozialismus, Wien 2008; ders., Hitlers zweiter Putsch, Salzburg (erscheint 2014).
5. Ich teile cum grano salis eine solche Einschätzung des autoritären Diktaturregimes, auch wenn Emmerich Tálos wieder auf einem »austrofaschistischen Herrschaftssystem« (Wien 2013) insistiert.
6. Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus, Wien 1968.
7. Siehe jüngstens: Ernst Hanisch, Der große Illusionist, Wien 2011.
8. Gerhard Botz, Gewalt in der Politik, 2. Aufl., München 1983.
9. Ebenda, S. 253-255.
10. Wenninger forscht für den »Verein zur Erforschung der Repressionsmaßnahmen des österreichischen Regimes 1933-1938“ und am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.
11. Etwa auch bei: Harry Slapnicka, Oberösterreich zwischen Bürgerkrieg und »Anschluß«, Linz 1975, S. 137.
12. Brigitte Kepplinger u. Josef Weidenholzer (Hg.), Februar 1934, Weitra (2009), S.178 f.





Die USA – ein sozialdemokratisches Land der Zukunft?

Thomas Nowotny beschäftigt sich im nachstehenden Beitrag intensiv mit dem Buch »Social Democratic America« von Lane Kenworthy, das den USA eine, dem skandinavischen Beispiel folgende, sozialdemokratische Zukunft verspricht.

Nur wenig kann einem amerikanischen Politiker mehr schaden, als der Vorwurf, er verhalte sich wie ein »europäischer Sozialdemokrat«. Das »Sich-von-Europa-unterscheiden-Wollen« liegt sozusagen in den Genen der amerikanischen Politik. Seit der vor zweieinhalb Jahrhunderten erlangten Unabhängigkeit von Großbritannien war das »Nicht-Europa-sein-Wollen« ein politisches Leitthema. Auch heute noch relativiert es alle Bekenntnisse zu gemeinsamen »atlantischen Werten und Interessen«. Ähnlich problematisch wie eine Identifikation mit dem Begriff »europäisch« wäre für einen us-Politiker eine Identifikation mit dem Begriff »sozialdemokratisch«. Denn die Sozialdemokratie steht ja, und verlangt ja, eine größere Rolle für alles Staatliche. Auch dagegen sträuben sich die amerikanischen politischen Urinstinkte. Das amerikanische Ideal (man könnte auch sagen: die amerikanische Illusion) von größtmöglicher persönlicher Freiheit und Ungebundenheit ist offenbar nur schlecht vereinbar mit der Vorstellung, dass dem Staat eine größere Rolle zukommen sollte.

Spontan wird man also geneigt sein, die These Lane Kenworthys zu bezweifeln, der zufolge sich auch die us-Gesellschaftspolitik – langsam, zögerlich, mit Rückschlägen aber dennoch unaufhaltsam – dem europäischen sozialdemokratischen Muster anpassen wird. Doch Kenworthy ist überzeugt, dass unwiderstehliche Sachzwänge die us-Politik in diese Richtung drängen. Das wäre ja auch bloß die Fortsetzung eines historischen Trends, der allen amerikanischen Urteilen und Vorurteilen zu Trotz seit einem Jahrhundert auch in den USA voranschreitet: Seit 1910 hat sich in den USA der Anteil des Staates am Nationalprodukt von 12% auf 37% erhöht. Der Unterschied zwischen den USA des Jahres 1910 und den heutigen USA ist also weit größer als der jetzige Unterschied zwi-

schen den USA und den sozialdemokratisch geprägten skandinavischen Staaten, in denen der Anteil des Staates um nur 10% höher als in den USA ist.

Schließlich werden auch die USA, eben in Fortsetzung des jahrhundertlangen Trends, nicht umhin können, den Staatsanteil um eben diese 10% auf ein sozialdemokratisch-europäisches Niveau anzuheben.

Das wäre keine revolutionäre, sondern eine evolutionäre Entwicklung. Getrieben würde sie durch den Zwang, das amerikanische soziale, politische und wirtschaftliche System auch unter den zunehmend schwierigen Bedingungen der Globalisierung und den sich beschleunigenden, unvorhersehbaren Veränderungen funktionsfähig zu erhalten: Arbeitsplätze gehen häufiger verloren und müssen häufiger gewechselt werden; die Schere in den primären (Arbeits-) Einkommen wird weiter aufklaffen; der Rückhalt in Familie und gewachsenen Gruppen wird auch in Zukunft weiter erodieren; private Ersparnisse werden auch in Zukunft unzureichend sein, um gegen die mannigfachen Veränderungen und Brüche in persönlichen Schicksalen abzusichern.

Gleichzeitig werden die Aufgaben zahlreicher und drängender, denen Staaten gerecht werden müssen, soll die Wirtschaft leistungsfähig, innovativ und flexibel bleiben; und soll der gesellschaftliche Zusammenhalt gewahrt bleiben: Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials und laufende Verbesserung und Adaption seiner Qualifikation; aktive Arbeitsmarktpolitik; Mindestlöhne und Lohnzuschüsse für Geringverdiener; Ausbau der frühkindlichen Erziehung; Förderung von Forschung und Innovation; Aufrechterhaltung von wirtschaftlicher Konkurrenz gegenüber Oligopolen und

Monopolen; umfassende Gesundheitsvorsorge; Bereitstellung einer modernen Infrastruktur; und eine umfassende (statt der in den USA jetzt nur sehr teilhaften) Arbeitslosenversicherung etc. etc. Kurzum: Angesichts dieser unentrinnbaren Aufgaben, müsste auch in den USA der Staatsanteil größer werden.

Staaten, die dem sozialdemokratischen Modell folgen – und unter ihnen zuvorderst die skandinavischen – haben sich diesen Aufgaben erfolgreich gestellt. Früher oder später werden also laut Kenworthy auch die USA nicht umhin können, sich diesem Muster anzupassen. Das kostet natürlich und die amerikanischen Staatsausgaben müssten sich in der Folge tatsächlich um rund 10 % erhöhen.

Diese zusätzlichen Ausgaben können nicht hauptsächlich durch Steuern finanziert werden, welche nur von den Reichen in der Bevölkerung eingehoben werden. Dazu bedarf es auch einer Erhöhung der Massensteuern. Der wichtigste Beitrag käme gemäß den Vorstellungen Kenworthys von der Einführung einer – in den USA bislang unüblichen – Mehrwertsteuer; der Rest aus einer leichten Anhebung der Spitzensteuern, von einer Steuer auf Emission von Treibhausgasen und von einer nicht besonders kräftigen Anhebung der Lohnsummensteuer.

So wie in den anderen reichen Staaten, so ist auch in Amerika das Steuersystem nicht progressiv. Im Großen und Ganzen ist es proportional. Das heißt, dass sowohl die Reichen wie auch die weniger Reichen einen ähnlich hohen Prozentsatz ihres Einkommens als Steuern und Abgaben an den Staat abführen. Die von Kenworthy vorgeschlagenen zusätzlichen Steuern würden daran nichts ändern. So wie in den europäischen sozialdemokratischen Staaten würde die effektive Umverteilung dann nicht durch Steuern besorgt, sondern durch die mit Steuern finanzierten Sach- und Geldleistungen des Staates, welche den Beziehern von mittleren und unteren Einkommen mehr zu Gute kommen als den Reichen.

Erwartungsgemäß erregt das Missfallen bei Konservativen und Wirtschaftsliberalen. Sie behaupten, dass durch solche, doch ziemlich massive Erhöhung von Steuern, und durch eine solch massive Ausweitung staatlicher Transfers und Sachleistungen der Wirtschaft der Gesellschaft schwerer Schaden zugefügt würde. Das Wirtschaftswachstum würde zum Stillstand kommen. Die Dynamik von Innovation würde erlahmen. Soziale Pathologien würden gefördert, wenn, wie zu befürchten, Müßiggang belohnt und Fleiß bestraft wird.

Auch in Europa verwenden Wirtschaftsliberale und Konservative die nämlichen Argumente, um mit ihnen für einen Rückbau des europäischen Sozialstaates zu plädieren. Daher ist auch für Europäer interessant, wie Kenworthy mit diesen Einwänden verfährt. Er entgegnet ihnen mit Statistiken, Tabellen und Grafiken. Stärker als bloße Worte widerlegen sie jeden dieser Einwände: Die Höhe des staatlichen Anteils am Nationalprodukt steht in keinerlei Zusammenhang mit schnellerem oder langsamerem Wirtschaftswachstum. Ebenso gibt es keinen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und dem Umfang staatlicher sozialer Transfers und Sachleistungen. Staatliche Sach- und Dienstleistungen erweisen sich als oft preiswerter und wirksamer als vergleichbare Sach- und Dienstleistungen, welche von der Privatwirtschaft angeboten werden. So ist etwa das amerikanische, lückenhafte System der Gesundheitsvorsorge und der Gesundheitsversicherung fast doppelt so kostspielig wie die staatlichen europäischen Systeme; und es ist – gemessen an seinen Auswirkungen auf die durchschnittliche Lebenserwartung – auch weniger effektiv. Staatliche Leistungen schaffen auch nicht jene Pathologien und Verwerfungen, vor denen Wirtschaftsliberale und Konservative warnen. Wirksamere und höhere Unterstützung der Arbeitslosen zum Beispiel (wie sie etwa in Dänemark gewährt wird), führt nicht dazu, dass es sich diese Arbeitslosen auf dem Faulbett solcher Transfers gemütlich machen.

Man kann diese Argumente aber noch ausweiten und ins Positive drehen. Ein starker, gut finanzierter sozialdemokratisch inspirierter Staat richtet nicht bloß keinen Schaden an der Wirtschaft an. Vielmehr erhält er und beschleunigt er auch deren Dynamik. Eine umfassende Lebensvorsorge – (Kranken-, Arbeitslosen-, Pensionsversicherung) – machen Menschen die zunehmenden Risiken erträglich, welche mit dem raschen Fortschritt von Produktivität und Globalisierung untrennbar verbunden sind. Darüber hinaus schafft der starke, gut finanzierte Staat der Wirtschaft aber auch direkt die Voraussetzungen für ihr Gedeihen. Er tut das unter anderem mit der Ausbildung und fortbildenden Qualifikation der Arbeitnehmer; durch Investitionen in Infrastruktur; oder mit seinem wesentlichen Beitrag zur Wahrung der Sicherheit und zur Wahrung der Gesetze.

Auch in den USA schiene also der Weg in eine sozialdemokratische Zukunft gangbar zu sein. Die damit verbundenen Kosten wären erträglich. Die damit verbunden negativen Folgen gibt es nur in der Phantasie konservativer und wirtschaftsliberaler Ideologen. Das Beispiel der europäischen, und vor

allem der europäischen sozialdemokratisch geprägten Staaten verweist auf die gesellschaftlichen Vorteile einer solchen sozialdemokratischen Option.

Darüber aber, ob diese Option auch tatsächlich wahrgenommen wird, darüber entscheiden nicht nur Sachzwänge und ein rationales Abwägen der Vor- und Nachteile. Das entscheidet sich im amerikanischen politischen System und es ist offensichtlich, dass sich dieses System stark von den europäischen politischen Systemen unterscheidet; und dass diese Eigenheiten die Übernahme europäischer sozialstaatlicher / sozialdemokratischer Modelle doch ziemlich stark erschweren.

Das System ist starr. Es wird von den konservativen Republikanern und innerhalb der Republikanern von deren extremsten rechten Flügel dominiert. Verstärkt wird das durch den korrumpierenden Einfluss der massiven finanziellen Förderung, mit welcher einige der reichsten Amerikaner Voraussetzungen und den Verlauf von Wahlen zu ihren Gunsten beeinflussen.

Überhaupt sind in der amerikanischen Gesellschaft, in ihrem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einfluss, die Kräfte des Beharrens und des Privilegs mächtiger geworden; während ihnen gegenüber linkere Gruppen und Machtzentren – wie Gewerkschaften – an Einfluss verloren haben.

Solche Hindernisse auf dem Weg in eine amerikanische sozialdemokratische Zukunft sind schwer zu übersehen; und es erfordert schon einigen Optimismus, um – so wie Kenworthy – zu glauben, dass sie schlussendlich doch überwunden werden; und dass sich mittel- und langfristig nichts einer Extrapolation jener Entwicklung entgegenstellen wird, die dazu geführt hat, dass sich in den letzten hundert Jahren auch in den USA der Staatsanteil von 12 % auf 37 % erhöht hat; und sich demnach schlussendlich auch um weitere 10 % auf ein »skandinavisches« Niveau erhöhen wird.

Für Amerika und die Welt wäre es schön, wenn dem so wäre, und wenn sich die »westliche« Welt so allmählich zu einem Konsens über ein humanes und zugleich dynamisches und effektives Wirtschafts- und Sozialmodell zusammenfände. Diese Zukunftsvision trüben allerdings zwei offene Fragen:

a) Ist es wirklich zulässig, vergangene Entwicklungen – so wie das einstige Anwachsen des Staatsanteils in den USA – einfach in die Zukunft zu projizieren, in der Annahme, dass

Zwänge, die solche Entwicklungen in der Vergangenheit bewirkt haben, auch die Zukunft bestimmen werden?

b) Wäre es nicht möglich, oder sogar naheliegend, die im Buch gemachten Argumente auf den Kopf zu stellen; mit der Hypothese, dass nicht die USA sich Europa und der europäischen Sozialdemokratie angleichen; sondern dass sich umgekehrt das bislang weitgehend sozialdemokratisch geprägte Europa den USA angleicht?

Ist es wirklich zulässig, die langfristigen Entwicklungen der amerikanischen Sozialpolitik so einfach in die Zukunft zu projizieren und anzunehmen, dass sich diese langfristigen Trends, trotz gegenwärtiger Widrigkeiten, dennoch in die Zukunft fortsetzen werden? Das kann man dann nicht tun, wenn es in dieser langfristigen Entwicklung einen klaren Bruch gegeben hat; nicht bloß Rückschläge, welche die Entwicklung um fünf oder zehn Jahre zurückgeworfen haben, sondern lang dauernde Perioden, in denen es Stillstand oder sogar Rückschritt gab.

Der Stillstand in der US-Sozialpolitik dauert aber nun schon dreißig Jahre. Die letzten großen Reformen setzte es unter Präsident Johnson. Seit dem bald darauf folgenden Amtsantritt von Präsident Ronald Reagan im Jahre 1980 hat sich die gesamte politische Stimmung gewandelt. Der Staat wurde zunehmend zum Feindbild: »the state is not the solution – it is the problem«. Sozialleistungen gerieten in den Verdacht von sinnlosen Aufwendungen für eine parasitäre Unterschicht.

Kenworthy möchte das ein wenig relativieren. Seiner Meinung nach hätte es selbst in diesen dreißig Jahren dennoch einige, zugegebenermaßen bescheidene, Fortschritte gegeben; wie etwa durch die von Präsident George W. Bush bewirkte Übernahme der Arzneikosten für ältere Mitbürger durch das staatliche »Medicare«-System; oder durch die Ausweitung der vorschulischen Erziehung. Aber das waren, alles in allem, doch keine sehr gewichtigen Maßnahmen. Sie werden weit überkompensiert durch das, was in Amerika in dieser Zeit die Gesellschaft gespalten hat; und was für alle, die nicht zu dem reichsten einem Prozent der Bevölkerung zählen, das Leben beschwerlicher, riskanter und entwürdigender gemacht hat.

Beweis für die Breite dieser seit dreißig Jahren anhaltenden Trendwende ist der Kampf um eine Ausweitung der Krankenversicherung. Weite Teile der Bevölkerung waren von ihr

nicht erfasst. Dem wollte Präsident Obama abhelfen. Seine verächtlich »Obamacare« genannte Initiative sollte den beträchtlichen Prozentsatz der in der amerikanischen Bevölkerung nicht Krankenversicherten auf sieben Prozent absenken. Das wurde zu seinem Prestigeprojekt, dem sämtliche anderen politischen Ziele nachgeordnet wurden. Der Preis, den der us-Präsident dafür zahlen musste, ist beträchtlich. »Obamacare« ist unpopulär. Sie wurde zur politischen Hypothek; und sie ist der hauptsächliche Grund für die Zuversicht der konservativen Republikaner, bei den im Herbst anstehenden Kongresswahlen nach der Mehrheit im Repräsentantenhaus nun die Mehrheit auch im zweiten Haus, dem us-Senat, erlangen zu können.

Jeder künftige us-Präsident wird sich hüten, seine Amtszeit in ähnlicher Weise mit einem Projekt zur substantiellen Ausweitung des us-Sozialstaates zu belasten. Die Ära eines Präsidenten Johnson, der dies noch zur allgemeinen Zufriedenheit tun konnte, ist endgültig Vergangenheit. Es hat eine tiefe Zäsur gegeben. Das lässt uns an Kenworthy's These von der Weiterschreibung der Vergangenheit zweifeln.

Das ist nicht allein in den Besonderheiten des amerikanischen politischen Systems begründet. Es mag zwar starr und unbeweglich sein; es mag konservativ-reaktionären Kräften übermäßige Vorteile bieten. Das amerikanische politische System bleibt aber dennoch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit verhaftet. So stellt sich also die Frage, ob man hinter dem langen Stillstand in der us-Sozialpolitik nicht auch einen großen, gesamt-gesellschaftlichen Umschwung vermuten muss, der einer progressiven, sozialdemokratisch bestimmten Sozialpolitik einfach den Boden entzogen hat.

Was steht dahinter, wenn Steuern nicht länger als die notwendigen Beiträge zur Erledigung gemeinschaftlicher Aufgaben gesehen werden; wenn man spontan vermutet, dass staatliche Leistungen im allgemeinen nur allen anderen und zumeist Unwürdigen zu Gute kommen, nur nicht einem selbst; was steckt dahinter, wenn die Werkzeuge gemeinschaftlichen Handelns – die Politik und die Politiker – nicht bloß ferne und fremd werden, sondern nachgerade zum Feindbild avancieren?

Ganz offensichtlich stellen sich diese Fragen nicht nur für die USA. Sie stellen sich auch für Europa und speziell auch in Österreich. Sie drängen zur Vermutung, dass Modernisierung und wirtschaftliche Entwicklung unentrinnbar mit einer

stärkeren Individualisierung verbunden sind. Das Individuum wird vorrangig. Seine gesellschaftliche Bindung und seine gesellschaftliche Bedingtheit werden ausgeblendet. Das Trommelfeuer der kommerziellen Werbung feuert das noch an und will glauben machen, dass nur persönlicher Konsum Zufriedenheit und Erfüllung beschert. Solidarität verliert ihre kognitiven und emotionalen Grundlagen. Das gilt auch für die Solidarität, die einer aktiven Sozialpolitik Voraussetzung ist.

Diese Schwinden von Solidarität ist wohl die eigentliche, tiefer liegende Ursache des Stillstands in der us-Sozialpolitik. Aber Symptome für ein solches Schwinden von Solidarität sind auch in Europa unübersehbar. Man hätte ja vermuten sollen, dass die große Wirtschaftskrise die konservativen Rezepte diskreditiert und zu verstärkten gesellschaftlichen Schulterchluss motiviert. Man hätte erwarten sollen, dass davon die europäischen Linksparteien profitieren. Das war nicht der Fall. Im Vormarsch sind vielmehr die Kräfte am rechten Rand des politischen Spektrums, die auf den Rückzug aus Gemeinschaftlichkeit, die auf Ausgrenzung und auf die Illusion vom dem in seiner Isolation omnipotenten Bürger setzen.

Müssen wir befürchten dass sich – anders als von Kenworthy vermutet – die USA nicht europäisieren; sondern dass sich Europa »amerikanisiert«. Wohin die Reise von hier ab gehen wird, ist ungewiss; wahrscheinlich in eine wenig erfreuliche Zukunft.

THOMAS NOWOTNY

ist Jurist und war jahrzehntelang im diplomatischen Dienst der Republik Österreich tätig und lebte 16 Jahre in den Vereinigten Staaten. Von 1970–1975 war er Sekretär im Kabinett von Bundeskanzler Bruno Kreisky, 1983–1993 Leiter der Grundsatzabteilung des Außenministeriums, danach bei der OECD in Paris und in vielen anderen Funktionen tätig. Im »Ruhestand« lehrt er »Internationale Beziehungen« an der Universität Wien.



Lane Kenworthy
SOCIAL DEMOCRATIC AMERICA

Oxford University Press (2014)
248 Seiten, 20.30 Euro





Globalesisch, Geld & Charisma



Jürgen Trabant GLOBALESISCH, ODER WAS?

Man muss wieder verstehen lernen, dass Sprache auch ein kognitives Instrument ist, nämlich der wichtigste Weg des Menschen zur Erfassung der Welt. In dem er die geistige, aber auch kulturelle und politische Bedeutung der Sprachen betont, plädiert Trabant angesichts des drohenden globalesischen Monolinguisismus für eine echt verstandene europäische Mehrsprachigkeit.

C. H. BECK, 235 Seiten, 19,50 Euro



Christian Felber GELD

Geld ist ein Mittel zum Zweck. Es sollte uns dienen und uns das Leben erleichtern. Doch davon sind wir weit entfernt: Staatsschuldenkrise, Systembanken, Währungsspekulationen, Steueroasen – Geld beherrscht unser Leben. Christian Felber, der mit der »Gemeinwohl-Ökonomie«, einer alternativen Wirtschaftsordnung, für Aufsehen sorgt, findet, dass freie Menschen sich das nicht gefallen lassen sollten.

DEUTICKE, 304 Seiten, 19,50 Euro



W. Maderthaler/M. Hochedlinger (Hg.) UNTERGANG EINER WELT

Im Hochsommer 1914 erweiterte sich die Konfrontation der Habsburgermonarchie mit dem südslawischen Nationalismus zu einer globalen Auseinandersetzung von beispielloser Vernichtungsgewalt. Der vorliegende Band präsentiert hervorragende Beispiele aus der mehrere hunderttausend Bilder umfassenden Fotosammlung des ehemaligen k.u.k. Kriegsarchivs.

BRANDSTÄTTER, 320 Seiten, 39,90 Euro



Ulrich Greiner SCHAMVERLUST

Leben wir in einer Kultur der Schamlosigkeit? Der Vorwurf moralischer Verwahrlosung gehört zum Repertoire jeglicher Kulturkritik. Aber hat sich nicht doch etwas verändert? Ulrich Greiner spürt Scham- und Peinlichkeitsgefühlen nach, wie sie uns im Alltag und in literarischen Texten begegnen. Denn die Literatur ist ein einzigartiges Archiv der Schamgeschichte.

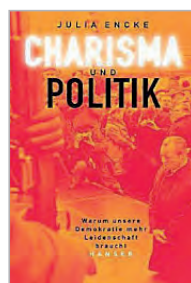
ROWOHLT, 352 Seiten, 23,60 Euro



Norbert Bolz DAS RICHTIGE LEBEN

Nur Werturteile können zwischen wichtig und unwichtig unterscheiden. Man kann sie nicht beweisen, sondern nur akzeptieren oder verwerfen. Weder Logik noch Information können bei der Frage weiterhelfen, worum man sich kümmern soll, was unsere Mühe und Aufmerksamkeit verdient und wo es ernst wird mit dem Leben. Lebensführung setzt eine Führungsidee voraus.

WILHELM FINK, 165 Seiten, 16,20 Euro



Julia Encke CHARISMA UND POLITIK

In der Politik hat Charisma einen zweifelhaften Ruf, weil charismatische Führer ihre Länder oft genug ins Unglück gestürzt haben. Kann aber eine Demokratie mit Politikern funktionieren, die nur nüchterne Techniker der Macht sind? Julia Encke zeigt in ihrem ungewöhnlichen Gang durch die jüngste Geschichte, dass unsere Demokratie erstarren könnte ohne Charismatiker, die die Bürger für Politik begeistern.

HANSER, 176 Seiten, 18,40 Euro

Ukraine, Frankreich & Irland



Katja Petrowskaja
VIELLEICHT ESTHER

Hieß sie wirklich Esther, die Großmutter des Vaters, die 1941 im besetzten Kiew allein in der Wohnung der geflohenen Familie zurückblieb? Die jiddischen Worte, die sie vertrauensvoll an die deutschen Soldaten auf der Straße richtete – wer hat sie gehört? Und als die Soldaten die Babuschka erschossen, »mit nachlässiger Routine« – wer hat am Fenster gestanden und zugeschaut?

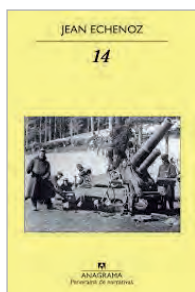
SUHRKAMP, 285 Seiten, 20,60 Euro



Reinhard Kaiser-Mühlecker
SCHWARZER FLIEDER

Ferdinand Goldberger hat den Hof seiner Familie verlassen und ist nach Wien gegangen, aber das erhoffte Liebesglück erweist sich als Illusion. Bei einem Besuch auf dem Hof bemerkt er den wachsenden Zwist zwischen seinem Onkel Thomas und dessen Neffen Leonard, ein Hass, der immer destruktiver wird. Er geht nach Bolivien, auf den Spuren seines Vaters, der in Südamerika nur den Tod gefunden hatte.

HOFFMANN UND CAMPE, 240 Seiten, 20,60 Euro



Jean Echenoz
14

Frankreich, 1914: Ein idyllischer Sommertag, Anthime radelt durch die sonnenbeschiene Vendée. Er hört die Sturmglocken läuten, das Signal für die allgemeine Mobilmachung. Mit der alle gerechnet haben, nur nicht an einem Samstag, dem 1. August. Echenoz erzählt vier Kriegsjahre im Zeitraffer: Fünf Männer ziehen in den Krieg, eine schwangere Frau wartet auf die Rückkehr von zweien von ihnen!

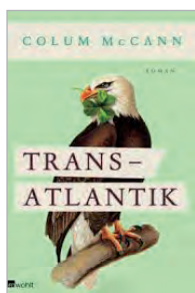
HANSER BERLIN, 128 Seiten, 15,40 Euro



Heinrich Steinfest
DER ALLESFORSCHER

Sixten Brauns vollkommen normales Managerleben implodiert, als in Taiwan ein Wal explodiert und Sixten von irgendeinem Teil des Wal-Innenlebens k.o. geschlagen wird. Kaum aus dem Krankenhaus entlassen, stürzt er mit dem nächstbesten Flugzeug ab – und überlebt abermals. Doch nicht ohne zwischendurch die große Liebe erlebt zu haben. Und so kommt er Jahre später zu einem Kind.

PIPER, 400 Seiten, 20,60 Euro



Colum McCann
TRANSATLANTIK

»Transatlantik« verwebt drei historische Momente mit dem Schicksal dreier Frauen. Angefangen bei der irischen Hausmagd Lily Duggan, in der Frederick Douglass die Liebe zur Freiheit weckt, folgt der Roman ihrer Tochter Emily und ihrer Enkelin Lottie in die USA und, später, zurück nach Irland. Ihr Leben spiegelt den Verlauf der bewegten Nationalgeschichte Irlands und Amerikas.

ROWOHLT, 384 Seiten, 23,60 Euro



Lukas Bärfuss
KOALA

Bärfuss spürt dem Schicksal des Bruders nach – und er begegnet einem großen Schweigen. Warum nannten seine Freunde ihn Koala? Wie kam er zu diesem Namen? Und hat vielleicht der Name gar das Schicksal des Bruders mitbestimmt; wird ein Mensch seinem Namen ähnlich? So ist das Buch auch eine Natur-Geschichte über den Umgang des Menschen mit dem anderen Menschen, mit dem Tier, mit Gewalt überhaupt.

WALLSTEIN, 184 Seiten, 20,50 Euro



BÖSE DINGE

HOFMOBILIENDEPOT



Dem Einbruch der Investitionen in Europa entgegenwirken

Ein bislang wenig beachtetes Phänomen ist der überaus starke Einbruch der Investitionen in den Ländern der Europäischen Union nach Krisenausbruch. Er ist mehr als doppelt so hoch wie in den USA und Japan und fiel markanter aus als in früheren Schuldenkrisen des privaten Sektors. Sechs Jahre nach dem Beginn der Krise liegen im Durchschnitt aller EU-Länder die Investitionen noch immer 17 Prozent unter dem Niveau von 2008, wobei die Unterschiede zwischen den Ländern beträchtlich sind.


In den sogenannten Krisenländern des Euroraums sind die Investitionen seit 2008 zwischen beinahe 40% (Spanien) und 60% (Griechenland) eingebrochen. Mit dazu beigetragen haben zum einen die im Zuge der Kapitalflucht einsetzenden gestiegenen Zinsen, die Beschränkungen bei der Kreditvergabe sowie die den Ländern auferlegten Anpassungsprogramme, die eine Bilanzrezession ausgelöst haben. In den Ländern Zentral- und Osteuropas sowie des Baltikums lag der Rückgang zwischen 20 und 30%. Dass der Einbruch nicht stärker ausgefallen ist, hängt auch damit zusammen, dass sich die Banken unmittelbar nach Krisenausbruch nicht sofort aus der Region zurückgezogen haben. Österreich gehört neben Schweden, Deutschland und Polen zu jener Ländergruppe, die den Investitionsrückgang 2009 wieder annähernd wettmachen konnte. Was Österreich und Deutschland betrifft, war allerdings die Investitionsdynamik vor der Krise überaus schwach.

Bemerkenswert ist auch der Umstand, dass während der Krise der Unternehmenssektor aller EU-Länder – mit Ausnahme Portugals – zum Nettogläubiger wurde. Vereinfacht gesagt: Unternehmen sparen, anstatt zu investieren. Dies gilt insbesondere für Deutschland, die Niederlande, Spanien und auch Österreich. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung identifizierte zuletzt für Deutschland eine Investitionslücke von drei Prozent der Wirtschaftsleistung oder umgerechnet 80 Milliarden Euro.

Der Ausfall der privaten Investitionen – diese machen im Durchschnitt ca. 13% der gesamten Investitionen aus – wur-

de zwar unmittelbar nach Krisenausbruch durch Investitionen der öffentlichen Hand zum geringen Teil ausgeglichen, insbesondere durch Infrastrukturinvestitionen im Rahmen von Konjunkturprogrammen. Die darauf folgende Budgetkonsolidierung hat allerdings den Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt von 3% (2009) auf knapp über 2% (2012) reduziert. Der historische Trend sinkender öffentlicher Investitionsquoten – sie betragen in den 1970er-Jahren noch rund 4% – wird sich angesichts der hohen öffentlichen Verschuldung und des Konsolidierungsdrucks weiter fortsetzen, oder, in einigen Ländern, sogar beschleunigen. Notwendige Investitionen in Bildung, Gesundheit, Forschung oder Klimaschutz fehlen.

Dabei gewinnt eine alte Idee neue Aktualität: die »goldene Finanzierungsregel«, die in Ländern wie Schweden, Belgien oder Großbritannien zeitweilig angewandt wurde. Dabei werden öffentliche Investitionen aus dem Budgetdefizit herausgerechnet und damit Anreize erhöht, der Schwäche der privaten Investitionen entgegenzuwirken.

Die ökonomische Literatur begründet die Notwendigkeit einer »goldenen Finanzierungsregel« mit Überlegungen zur intergenerationalen Fairness: Jene Generation, die von den laufenden Transfers profitiert, soll dafür mittels Steuern zahlen. Investitionsausgaben hingegen, deren Erträge in der Zukunft anfallen, sollen schuldenfinanziert werden. Eine Steuerfinanzierung von Investitionsprojekten, deren Erträge von zukünftigen Generationen lukriert werden, impliziert nämlich Wohlfahrtsverluste für die laufende Generation. Diese sei doppelt belastet, einerseits durch die Rückzahlung der Schulden vergangener Generationen sowie durch die Finanzierung von Wohlfahrt zukünftiger Generationen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Idee auf europäischer Ebene aufgegriffen wird. 

IRENE MOZART

ist Wirtschaftsforscherin in Wien.

